



Vom Grossen Stadtrat
genehmigt am
30. Januar 2020

Protokoll Nr. 39

über die Verhandlungen
des Grossen Stadtrates von Luzern
Donnerstag, 14. November 2019,
08.30–11.35 Uhr
im Rathaus am Kornmarkt

Vorsitz:
Ratspräsident Albert Schwarzenbach

Präsenz:
Anwesend sind 44 Ratsmitglieder.

Entschuldigt:
Thomas Gfeller
Peter Krummenacher
Daniel Lütolf
Stefan Sägesser

Der Stadtrat ist vollzählig erschienen.

Protokoll:
Barbara Sabel Bucher

Verhandlungsgegenstände	Seite
1. Mitteilungen des Ratspräsidenten	2
2. Blick über den Tellerrand Gast: Einwohnerratspräsident Kriens Roger Erni	3
3. Bericht und Antrag 28/2019 vom 18. September 2019: Stiftung Kultur- und Lebensraum Musegg ▪ Städtischer Beitrag ▪ Sonder- und Nachtragskredit	7
4. Interpellation 297, Peter With und Jörg Krähenbühl namens der SVP-Fraktion vom 6. Juni 2019: Kommunikation bei Sperrung Inseli-Carparkplatz	13
5. Interpellation 317, Marco Baumann namens der FDP-Fraktion vom 20. August 2019: Droht ein Verkehrskollaps an der Bernstrasse?	13
6. Postulat 313, Marco Müller namens der G/JG-Fraktion vom 8. August 2019: Bodenversiegelung sofort stoppen!	18

- | | | |
|----|--|----|
| – | Dringliche Interpellation 336, Heidi Rast und Irina Studhalter namens der G/JG-Fraktion
vom 21. Oktober 2019:
Der neu geplante Fluhmühlepark ist nicht akzeptabel | 22 |
| – | Dringliches Postulat 337, Heidi Rast und Irina Studhalter namens der G/JG-Fraktion
vom 21. Oktober 2019:
Fluhmühlepark – mindestens eine gleichwertige und zeitlich nahtlose Lösung ermöglichen | 23 |
| 7. | Interpellation 294, Albert Schwarzenbach namens der CVP-Fraktion
vom 4. Juni 2019:
Misstände bei der Spreuerbrücke | 30 |
| 8. | Postulat 308, Claudio Soldati und Nora Peduzzi namens der SP/JUSO-Fraktion
vom 22. Juli 2019:
Nach Gewitter vom 6. Juli 2019: Neue Bäume braucht Luzern! | 32 |

Beratung der Traktanden

1 Mitteilungen des Ratspräsidenten

Ratspräsident Albert Schwarzenbach begrüsst die Anwesenden zur 39. Sitzung des Grossen Stadtrates und gibt die Entschuldigungen bekannt (siehe Seite 1). Er weist darauf hin, dass eine Fotografin der Luzerner Zeitung anwesend ist. Nach der Pause wird der Parteisekretär der Grünen Kanton Luzern, Gian Waldvogel, den Grossen Stadtrat besuchen, um einige Fotos zu machen. Heute ist der Nationale Zukunftstag, was man auch den Besucherreihen anmerkt. Der Sprechende gratuliert Peter Gmür zu dessen 50. Geburtstag am 8. November und übergibt ihm ein kleines Präsent. [Die Anwesenden schliessen sich der Gratulation mit einem herzlichen Applaus an.] Es ist die letzte Sitzung des Grossen Stadtrates für Stadtschreiber Urs Achermann, der morgen seinen letzten Arbeitstag hat.

Zu den als dringlich eingereichten Vorstössen:

- Dringliche Interpellation 336, Heidi Rast und Irina Studhalter namens der G/JG-Fraktion vom 21. Oktober 2019:
Der neu geplante Fluhmühlepark ist nicht akzeptabel

Der Stadtrat opponiert der Dringlichkeit der Interpellation 336 nicht.

- Dringliches Postulat 337, Heidi Rast und Irina Studhalter namens der G/JG-Fraktion vom 21. Oktober 2019:
Fluhmühlepark – mindestens eine gleichwertige und zeitlich nahtlose Lösung ermöglichen

Der Stadtrat opponiert der Dringlichkeit des Postulats 337 nicht.

Ratspräsident Albert Schwarzenbach stellt fest, dass es dazu keine Wortmeldungen gibt.

Die Dringliche Interpellation 336 und das Dringliche Postulat 337 werden demzufolge im Anschluss an die Pause behandelt.

2 Blick über den Tellerrand

Gast: Einwohnerratspräsident Kriens Roger Erni

Für **Ratspräsidenten Albert Schwarzenbach** und sein Jahresmotto «Blick über den Tellerrand» ist heute ein besonderer Moment. Roger Erni, Einwohnerratspräsident von Kriens, ist heute im Grossen Stadtrat zu Gast. Der Sprechende bittet ihn, nach vorne zu kommen. Heute blickt der Grosse Stadtrat über den Tellerrand und gelangt, ohne sehr weit schauen zu müssen, nach Kriens. Von dort kommt Roger Erni, der zeitgleich mit dem Sprechenden gewählt worden ist. Beruflich ist Roger Erni Geschäftsführer der ICT Berufsbildung Zentralschweiz. Er ist verheiratet, hat zwei Kinder und ist bekannt geworden nicht nur durch seine politische, sondern auch durch seine sportliche Tätigkeit. Vielleicht erinnert sich noch jemand unter den älteren Gästen des Zukunftstags: Roger Erni war Spieler beim Sportclub Kriens und spielt auch heute noch begeistert und mit grossem Erfolg Tennis. Von Roger Erni wird man noch mehr hören, er kandidiert am 28. März für den Stadtrat von Kriens. Die Anwesenden sind gespannt, was er ihnen zu sagen hat. Wohlverstanden hat der Sprechende kein Briefing mit Roger Erni gemacht, er weiss auch nicht, was dieser sagen wird, er darf genau das sagen, was er will.

Einwohnerratspräsident Roger Erni begrüsst seinen Freund und Präsidentenzwilling Albert Schwarzenbach, die Grossstadträtinnen und Grossstadträte, die Stadträtinnen und Stadträte und Stadtschreiber Urs Achermann. Wenn sie von jemandem als «gross» angesprochen werden dürfen, so vom Sprechenden. Er ist 1,95 m lang, in Kriens wird er seit dem 5. September nicht nur «der Längste», sondern auch «der Höchste» und endlich auch «der Grösste» genannt. Wann immer der Sprechende sagt, er sei gross, entgegnet man ihm, er sei nicht gross, sondern lang. Am 5. September 2019 hat der Sprechende es für sich persönlich ein wenig geschafft, doch dabei geht es wirklich nur um die Körperlänge. Dem Vorstoss «Für eine aktive Aussenpolitik» des Höchsten im Grossen Stadtrat Luzern, Albert Schwarzenbach, ist es zu verdanken, dass der Sprechende hier ist. Die Motion beeinflusste in Kriens im Jahr 2017 auch ein Postulat der CVP-Fraktion, die Gemeinde Kriens nahm es auf. Zwei Jahre später, Ratspräsident Albert Schwarzenbach und der Sprechende sind jetzt beide die Höchsten von Luzern bzw. Kriens, ist der Sprechende im Grossen Stadtrat zu Gast. Das hätte er sich damals bei der Motion bzw. dem Postulat nicht gedacht. Als das

Thema «Fusion» abgehakt war, kam mit den beiden Vorstössen die Idee in die Räte, mehr zusammenzuarbeiten. Wenn der Sprechende den Anwesenden etwas mitgeben darf, so «Kommunizieren und Zusammenarbeiten». Auf dem flächenmässig grösseren Land scheint man besser füreinander zu sorgen. Man sieht es bei den Wahlen, die Städter werden ausgestrichen. Nun sollen die städtischen Gemeinden zwar nicht die Leute vom Land austreichen, aber doch z. B. im Rahmen von K5 oder innerhalb von Institutionen für gute Zusammenarbeit sorgen. Der Sprechende bedankt sich bei Albert Schwarzenbach. Durch die Kommunikation mit diesem konnte der Sprechende in Kriens hoffentlich eine Tradition einführen, dass nämlich der angehende Einwohnerratspräsident alle alt Einwohnerratspräsidenten – in Luzern alt Grossstadtratspräsidenten – einlädt. Das ist eine ganz tolle und wichtige Art, den verdienten Politikern zu danken. Der Sprechende ist der erste, der dies machte, und er ist der 57. Einwohnerratspräsident. Man darf ihm glauben: Über 80 % der noch lebenden früheren Einwohnerratspräsidenten kamen und tauschten sich über die Parteigrenzen hinweg aus, man hat sich wieder einmal gesehen. Die Eingeladenen durften natürlich den Pilatusaal anschauen, nachher ging der Sprechende mit ihnen ins Kleinfeld zum Apéro. Der Sprechende findet es eine tolle Gelegenheit, sich heute über die Kommunalgrenzen hinweg austauschen zu können. Diese Rede, die er hier als erster hält, sollte in irgendeiner Form institutionalisiert werden. Die vier kommunalen Parlamente Horw, Emmen, Stadt Luzern und Kriens sollten einen einfachen und unkomplizierten Austausch pflegen. Der Sprechende stellt es sich so vor: Einmal redet der Höchste von Luzern in Kriens, einmal der von Emmen in Horw, ein anderes Jahr spricht jemand aus Kriens in Emmen und jemand aus Horw in Luzern. Das müsste ganz unkompliziert sein, wie heute bei Ratspräsident Albert Schwarzenbach und dem Sprechenden. Wenn jemand von den Höchstgestellten sich nicht vor die Leute stellen will, ist das auch kein Problem. Es gibt ja auch Einwohnerratspräsidenten, die vor so einem Saal Respekt haben und nervös sind. Der Sprechende findet es aber viel wichtiger, dass man kommuniziert, als sich zu sorgen, dass man eventuell in ein Fettnäpfchen treten könnte. Er ist unkompliziert, wer ihn kennt, weiss das. Bei vielen Themen sind der Bürger und auch die Politiker nicht an die Gemeindegrenzen gebunden, wenn etwas brennt.

Als Schwerpunkt hat der Sprechende nicht den AFP gewählt, der heute in der Zeitung steht, sondern zwei Themen: die Carparkplätze Hinterschlund und den Bypass mit Spange Nord. Der Sprechende hat für beides eine Lösung. Dies ist natürlich ein kleiner Scherz. Er wird den Anwesenden aber als höchster Krienser etwas mitteilen, auch wenn er politisch nichts zu sagen hat und ausser beim Stichentscheid auch nicht abstimmen kann. Weiter oben hat er schon erwähnt, dass er wegen der Kommunikation hier ist. Er sagt es deshalb politisch ganz deutlich: Bei den Carparkplätzen Hinterschlund gibt es aus seiner Sicht nur eine Lösung. Die Parlamente müssen miteinander reden und einen Kompromiss finden. Die Stadträte finden sich zum ersten Mal Ende Dezember zu einer Sitzung über dieses für beide Städte bzw. Gemeinden ganz drängende Thema zusammen. Der Sprechende findet dies reichlich spät, wenn man im September etwas eingibt. Die Stadträte haben sehr viel zu tun, das ist ihm bewusst. Aber Ende Dezember für so ein Thema! In Kriens hatte man schon drei Sitzungen dazu, in der Stadt Luzern hatte man auch schon zwei oder drei Sitzungen im Oktober und November, da will man irgendetwas hören. Der Sprechende fragte in der letzten Woche nach und erhielt zur Antwort: «Wir treffen uns am 20. Dezember.» Er findet es ein wichtiges Thema für die Stadt Luzern und für die Gemeinde Kriens. Wenn man die Bürger von Kriens fragt, so wollen diese keinen Verkehr. Wenn man die Bürger von Kriens fragt, so respektieren diese

zwar, dass Luzern die weltschönste Stadt ist. Der Sprechende gratuliert den Anwesenden, auch zu dem Saal, er ist absolut fantastisch. Nur wählen seine Wähler in Kriens ihn in Kriens. Und bei so einem Thema wie dem Carparkplatz Hinterschlund müssen die Vertreter der Krienser Bevölkerung eine Lösung bringen, die heisst: «Kommt nicht in Frage. Die Krienser wollen nicht den Verkehr der Luzerner.» Wenn das Luzerner Stimmvolk entschieden hat, dass der Parkplatz beim Inseli carfrei werden soll, dann sagt der Grosse Stadtrat: «Wir haben eine Lösung. Wir schicken die Cars nach Kriens.» Und dann werden die Anwesenden gewählt. Der Krienser Einwohnerrat aber wird gewählt, wenn er sagt: «Wir wollen die Cars nicht.» Wenn der Sprechende als höchster Krienser sagt, er fände es sensationell und würde die Cars sofort nehmen, würde er nicht mehr gewählt. Also muss man dafür sorgen, dass man miteinander kommuniziert. Die einfache Lösung für den Sprechenden ist: Dass der Grosse Stadtrat garantiert, dass kein Car über die Krienser Ringstrasse fährt, sondern sie navigationstechnisch über die Autobahn lotst, die von der Gemeinde Kriens eingehaust wurde. Der Sprechende kommt beim Bypass darauf zu sprechen, dass man sie gerne noch mehr einhausen würde. Es ist aber schon jetzt ein schöner Tunnel, der beim Schlund endet. Die Luzerner müssten den Cars sagen, dass sie direkt hinter dem Kreisel rechts abfahren sollen. Dort wäre eine Barriere. Sie zu öffnen, würde 10 Franken kosten, dort können die Cars sich aufhalten, die Stadt Luzern hat dort viel Platz. Der Grosse Stadtrat müsste der Gemeinde Kriens 80 % der Einnahmen zusichern. Sobald nämlich Einnahmen generiert werden, wird es plötzlich wieder attraktiv. Zweitens sichert die Stadt Luzern den Kriensern eine zeitliche Begrenzung zu, und zwar auf maximal drei Jahre. Dann hat die Stadt Luzern eine Lösung. In drei Jahren könnte das Grundstück Hinterschlund, das der Stadt Luzern gehört, einer qualitativen Nutzung zugeführt werden. Es ist ein Bijou, der Sprechende ist gerne bereit, es den Anwesenden vor Ort zu zeigen. Wenn man einen solchen Vertrag machen könnte, würde die Gemeinde Kriens vermutlich schon morgen unterschreiben, der Sprechende persönlich würde es jedenfalls tun. Kriens hat zwar ein paar politische Fraktionen, die noch mehr erreichen wollen, dieser Vorschlag ist aber ein Ansatzpunkt, wie es im Hinterschlund funktionieren könnte, wenn die Gemeinde Kriens den Luzerner Entscheid «Inseli – nein» akzeptiert und die Stadt Luzern dort hinten in wunderschöner Lage einen ganz grossen Parkplatz hat, der während LUGA und Chilbi auch immer gebraucht wird. Jetzt muss die Stadt Luzern mit der Gemeinde Kriens verhandeln und etwas geben, damit das zustande kommt. Der Sprechende wird es im Einwohnerrat nicht so sagen, aber der Luzerner Stadtrat kann die Idee aufnehmen oder nicht. Der Sprechende hat das Gefühl, dass diese Variante als Übergang eine valable Lösung sein könnte, wenn sie attraktiv genug ist.

Der zweite Zankapfel ist der Bypass mit der Spange Nord oder «NO». Dort gilt ebenso: Die Stadt Luzern muss mit der Gemeinde Kriens eine Lösung suchen. Sind die Anwesenden gespannt auf die heutige Kurzlösung des Sprechenden? Die Stadt Luzern unterstützt die Gemeinde Kriens in Bern, damit die verbleibenden 800 Meter nach dem Portal, die bereits um 250 Meter verlängert worden sind, bis zum Tunnel Schlund eingehaust werden können. Dann unterschreibt die Gemeinde Kriens sofort, dass die Stadt Luzern die Spange Nord nicht bauen muss. Es ist wieder ein Geben und Nehmen. Wenn der Sprechende als höchster Krienser dies sagt, geht es später in die Fraktionen, die Idee wird zerzaust. Es ist genial in der Gemeinde Kriens: Seit sieben Jahren gibt es ein Bypass-Komitee mit Räto Camenisch und Kathrin Graber als treibenden Kräften. Es ist überparteilich. Es ist in den sieben Jahren noch keine teilnehmende Partei ausgestiegen. Obwohl der

eine oder andere vielleicht sagt, dass bereits viel erreicht wurde und von Bern nicht noch mehr verlangt werden kann. Das ist eine einmalige Chance. Die Krienser Einwohnerräte müssen so lange für ihr Volk kämpfen, bis das Stück eingehaust ist. Und wenn man es nicht ganz schafft, so hat man doch gekämpft. Auch die Luzerner Grossstadträtinnen und Grossstadträte werden – wahrscheinlich nicht in Bern, sondern beim Kanton Luzern – kämpfen, damit die Spange Nord nicht kommt, weil es Bürger gibt, die sie nicht wollen. Das ist ja logisch. Jetzt muss man wieder überkommunal eine Lösung suchen. Dies könnte ein Ansatz sein, der Sprechende ist bescheiden, er sagt nicht, dass es die Lösung ist, aus Sicht der Gemeinde Kriens ist sie aber gut. Wer in der letzten Woche Zeitung gelesen hat, hat den Vorstoss Camenisch wahrgenommen, er ist im Kantonsrat und Präsident des Bypass-Komitees. Der Gemeinderat hat einen ziemlich frechen Antrag gestellt, sie brauchen 220'000 Franken, um abzuklären, wie man weiter einhausen kann und welche Schweizer Gemeinden so etwas schon geschafft haben. Dafür werden 220'000 Franken benötigt. Haben die Anwesenden am letzten Donnerstag mitbekommen, dass damit das Budget aus einem Plus von etwa 20'000 Franken in ein Minus von 200'000 Franken geriet? Der Antrag wurde mehr oder weniger einstimmig angenommen. Der Sprechende ist liberal, die FDP-Fraktion hat das natürlich gar nicht gefreut. Es wurde argumentiert, man wolle ein Zeichen setzen. Für Finanzpolitiker ist das etwas hart, aber das Thema «Bypass», eine achtspurige Autobahn durch Kriens, geht hier vor. In einem 200-Mio.-Franken-Budget wird der Gemeinderat wohl noch ein paar Franken finden, damit es doch noch ein Plus gibt. Auch hier gilt: Man muss kommunizieren. Der Sprechende hätte noch das eine oder andere Thema, will aber nicht übertreiben. Damit man sich unkompliziert austauschen kann, bleibt er noch in der Pause. Am Mittag geht er mit Fraktionschefin Sonja Döbeli Stirnemann und Ratspräsident Albert Schwarzenbach essen. Der Sprechende freut sich schon sehr darauf. Damit man sich über die Partei- und Gemeindegrenzen hinweg kennenlernen kann, hat er folgende «Out of the box»-Ideen mitgebracht: Erstens lädt er die Anwesenden zu einem Spiel des Sportclubs Kriens oder des Handballclubs Kriens ein. Der Handballclub baut auf Luzerner Land, Mattenhof 2, ein 113-Meter-Hochhaus. Der Sprechende bedankt sich dafür. Übernächste Woche ist der B+A im Einwohnerrat. Im Moment ist der Bebauungsplan bei 80 Metern. Es ist etwas frech von CEO Nick Christen, der Sprechende wird ihn als Einwohnerratspräsident fragen, ob er ein paar Tickets für ein Spiel des HC Kriens bekommen könne. Oder er wird den Rüdigen Lozärner, Walter Baumgartner, fragen, ob dieser über die Partei- und Kommunalgrenzen hinwegdenken und den Grossen Stadtrat und den Einwohnerrat an ein Spiel einladen könnte. Der Sprechende wird informieren. Der Fussballclub Luzern wäre auch möglich, hier müsste Ratspräsident Albert Schwarzenbach eingreifen, der im Club ist und dafür sorgt, dass es mit dem FCL gut läuft. Ausserdem möchte der Sprechende die Anwesenden mit dem Einwohnerrat zusammenbringen. Im Frühjahr, wenn die Sonnenbergbahn wieder offen ist, wird er unkompliziert via Ratspräsident Albert Schwarzenbach informieren, dass am Donnerstag oder Mittwoch um 08.00 Uhr Gelegenheit ist, sich bei der Gütschbahn zu treffen. Man fährt mit der Gütschbahn hinauf, läuft zum Sonnenberg und fährt mit der Sonnenbergbahn hinab, zwischendurch gibt es einen Kaffee. Wer kommen will, freiwillig und «out of the box», kann kommen. Der Sprechende würde sich sehr freuen. Die Anwesenden werden von Ratspräsident Albert Schwarzenbach hören. Hoffentlich werden viele die Gelegenheit wahrnehmen, über die Grenzen nicht nur zu wandern, sondern auch zu kommunizieren. Dem Grossstadtratspräsidenten Albert Schwarzenbach übergibt der Sprechende natürlich eine Fla-

sche Krienser Wein. Seit zwei Jahren hat die Gemeinde Kriens eigenen Wein und ist sehr stolz darauf. Er spricht eine offizielle Gegeneinladung an Ratspräsidenten Albert Schwarzenbach für den 16. Januar 2020 im Pilatussaal aus und beendet seine Rede mit Grüßen vom Krienser Einwohnerrat an den Grossen Stadtrat im Rathaus Luzern.

Ratspräsident Albert Schwarzenbach bedankt sich für den fulminanten Start in das Projekt «Blick über den Tellerrand». Wer gerne Sport macht, weiss nun, was die Stunde geschlagen hat; wer gerne wandert, weiss es erst recht. Der Sprechende hofft, dass der eine oder die andere sich den Ideen von Einwohnerratspräsident Roger Erni anschliesst.

3 Bericht und Antrag 28/2019 vom 18. September 2019:

Stiftung Kultur- und Lebensraum Musegg

- **Städtischer Beitrag**
- **Sonder- und Nachtragskredit**

EINTRETEN

GPK-Präsident Gianluca Pardini: Die Geschäftsprüfungskommission der Stadt Luzern hat an ihrer Sitzung am 17. Oktober 2019 den B+A «Stiftung Kultur- und Lebensraum Musegg» zur Kenntnis genommen und dem städtischen Beitrag an die Erhöhung des Stiftungskapitals sowie dem Nachtragskredit von 0,6 Mio. Franken einstimmig zugestimmt. Die GPK ist der Ansicht, dass die Stiftung ein relevantes öffentliches Interesse erfüllt. Neben der biologischen Bewirtschaftung der landwirtschaftlichen Flächen leistet die Stiftung auch wertvolle Arbeit im Rahmen von pädagogischen Bildungs- und Vermittlungsangeboten. Mit der umgebauten Heubühne wurde zudem ein vielfältig nutzbarer Kulturraum geschaffen. Die Erhöhung des Stiftungskapitals, so die Meinung der GPK, soll die Weiterführung eines wichtigen Pionierprojekts für die Stadt Luzern ermöglichen. Die GPK hat einstimmig eine Protokollbemerkung überwiesen, die von der Stiftung verlangt, dass im Jahr 2021 der GPK über die finanziellen und betrieblichen Entwicklungen berichtet wird.

Christian Hochstrasser: Um das vorliegende Geschäft «Stiftung Kultur- und Lebensraum Musegg» einzuordnen, braucht man aus Sicht der G/JG-Fraktion zwei Perspektiven. Die erste betrifft das, was man heute sieht und was auf Hinter Musegg blüht. Was die Stiftung und das heutige Betriebsleiterpaar dort ermöglicht haben, ist hervorragende, engagierte Arbeit. Es ist ein beliebter Treffpunkt, es ist ein Bildungs- und Kulturort, es ist ein Anschauungsbeispiel für städtischen Grünraum und landwirtschaftliche Nutzung. Dazu kommt die energetische Innovation mit Photovoltaik und Speicherlösung, die der Grosse Stadtrat auf einem Ratsausflug bereits begutachten durfte, zumindest jene, die damals schon dabei waren. Die zweite Perspektive ist die rechtliche und finanzielle. Diese ist etwas weniger rosig blühend. Die Stadt hat damals eine Stiftung gegründet, und das jetzt verselbstständigte Kapital reicht nun nicht aus. Die Stadt selbst hat aber nie direkt Einfluss auf und Einblick in die Stiftung gehabt, weil das bei einer Stiftung rechtlich einfach so ist. Die Stiftung ist selbstständig. Die Stiftung hat jetzt massive Mehrkosten gegenüber der ursprünglichen Planung

verursacht. Sie sind zwar sehr gut begründet, aber man hat sie aus Sicht der G/JG-Fraktion, sallow gesagt, vielleicht einfach auch so hingenommen, ohne dass die finanzielle Basis dafür da gewesen wäre. Jetzt hat man gemerkt, dass die Schuldenlast zu hoch ist, das Eigenkapital zu tief, und jetzt kommt der vorliegende Antrag. Er kommt zur Stadt Luzern, man möchte einen Beitrag im Nachhinein, damit alles wieder ins Gleichgewicht kommt. Aus städtischer Sicht muss man wohl sagen, dass die Gründung einer Stiftung für einen solchen Zweck vielleicht keine so gute Idee war. Daraus sollte man vielleicht für die Zukunft lernen, wenn man wieder einmal die Idee hat, eine Stiftung zu gründen. Es ist nicht glücklich, weil die Stadt auch weiterhin keine klaren Bedingungen daran knüpfen kann, keinen Einfluss hat. Es ist kein städtischer Betrieb, sondern einfach eine sehr gute private Initiative. Aber das machen andere in anderen Bereichen auch. Immerhin fordert die GPK, dass die Stiftung nach zwei Jahren Rechenschaft ablegen muss, wie die geplanten Schritte verlaufen sind. Das unterstützt die G/JG-Fraktion. Grundsätzlich wäre es aus ihrer Sicht transparenter, wenn man eine klare Leistungsvereinbarung hätte, dass die Stadt jährlich etwas zahlt, im Gegenzug aber eine klar definierte Leistung erhält. Aber weil die Stiftung jetzt finanziell schon etwas ins Strudeln geraten ist, hilft das wenig, auch wegen des Eigenkapitals und der Verschuldung. Es bleibt eigentlich nichts anderes übrig, als dem Antrag zuzustimmen, weil sonst das Werk, das auf Hinter Musegg besteht, ernsthaft gefährdet ist. Es ist für die G/JG-Fraktion klar, dass sie das nicht will. Wenn man bedenkt, was dann alles nicht mehr da wäre, was jetzt kulturell, landwirtschaftlich, bildungsmässig, gastronomisch, energetisch aufblüht, dann ist für die G/JG-Fraktion klar, dass sie dem Kredit zustimmt.

Jules Gut: Der Name Hinter Musegg bzw. Fassbind ist ein absoluter Glücksfall für die Stadt Luzern. Die Leidenschaft, die dort schon seit Jahren an den Tag gelegt wird, fasziniert. Die GLP-Fraktion hat nicht das Gefühl, dass sie sich jetzt mit dem Angebot verzettelt. Im Gegenteil sind für sie die vier Standbeine so richtig. Sie ist aber auch der Meinung, dass die Stiftung klar aufzeigen soll, für welche Zwecke die Mittel eingesetzt werden. Aus ihrer Sicht ist deshalb auch keine weitere Kontrolle vonseiten der Stadt nötig, z. B. mit einer jährlichen Leistungsvereinbarung, wie Vorredner Christian Hochstrasser nahegelegt hat. Für die GLP-Fraktion bestehen genug Sicherheiten in Form des Stiftungszwecks. Sie unterstützt die zusätzliche Berichterstattung 2021 auf Antrag der GPK. Wenn die Stadt Luzern noch viel mehr Personen mit so tollen Ideen und der Energie wie die Fassbinds hätte, dann hätte die Stadt Luzern sicher ein Luxusproblem. In den Augen der GLP-Fraktion gibt es aber wenig Personen, die dies wirklich aus Eigenantrieb realisieren und durchziehen würden. Hätte die Stadt Luzern das alles selbst machen wollen, wäre man garantiert heute noch nicht so weit, und es wäre auch teurer geworden. Die GLP-Fraktion tritt auf den B+A ein und wird ihm zustimmen.

Mirjam Fries: Grüne Oase, Pioniergeist, Herzblut: Das sind die Attribute, die der Sprechenden spontan beim Kulturhof Hinter Musegg in den Sinn kommen. Mit den vier Standbeinen Beiz, Landwirtschaft, Hofbühne und Bildungsangebote spricht der Hof die ganze Bevölkerung an. Wegen seiner zentralen Lage ist er auch für Touristen eine attraktive Abwechslung. Kurz: Der Kulturhof Hinter Musegg ist eine erfreuliche Geschichte. Es ist ein Projekt, dass auch tatsächlich «zum Fliegen» gebracht wurde. Weniger erfreulich sind die Finanzen, die Tatsache, dass das Projekt viel teurer ge-

worden ist als geplant. Man hat sich bei der Sanierung massiv verschätzt. Das ganze Projekt kostet mit 3,4 Mio. Franken fast doppelt so viel wie die geplanten 1,8 Mio. Franken. Einfach erklären kann man die 400'000 Franken für die Photovoltaik-Anlage. Dass diese zusätzlich eingeplant wurde, war sicher ein kluger Entscheid. Mit dem Solarstrom vom eigenen Dach und der Erdwärme ist der Hof energetisch Eigenversorger und produziert sogar mehr Energie, als er verbraucht. In dem Bereich kann wirklich auch von einem Vorzeigeprojekt gesprochen werden. Zurück zu den Kosten: Die anderen Überschreitungen sind eindeutig weniger gut erklärbar. Es ist einfach so, dass man die Umbaukosten unterschätzt hat und wahrscheinlich etwas naiv an die Sache herangegangen ist. Wenn die Stiftung jetzt an die Stadt Luzern gelangt und mehr Geld möchte, dann weckt das zuerst einmal nicht so gute Gefühle. Es ist eigentlich nicht die richtige Reihenfolge. Man möchte nicht vor quasi vollendete Tatsachen gestellt werden, wenn man Gelder spricht. Andererseits ist es so: Das Projekt ist erfolgreich bei ursprünglich sehr wenig Mitteleinsatz vonseiten der Stadt Luzern. Mit sehr viel privatem und persönlichem Einsatz konnte das Projekt «zum Fliegen» gebracht werden. Die Stiftung hat definitiv einen Mehrwert für die Stadt Luzern und die Bevölkerung geschaffen. Das Geld ist insbesondere in die Gebäude investiert worden, die nun auch wirklich mehr wert sind. Die städtische Liegenschaft als solche ist aufgewertet worden. Das ist für die CVP-Fraktion die Kapitalerhöhung wert. Sie findet es wichtig, dass die Stiftung sich entschulden kann. Sie ist aber auch klar der Meinung, dass diese jetzt auf eigenen Beinen stehen muss. Die Stiftung muss für die Zukunft gerüstet sein und selbsttragend arbeiten. Die CVP-Fraktion tritt auf den B+A ein und wird dem Sonderkredit von 600'000 Franken zustimmen.

Reto Biesser: Die FDP-Fraktion bedankt sich bei der Verwaltung für den interessanten B+A. Bei dem PPP handelt es sich in kultureller und naturbezogener Hinsicht um eine Erfolgsgeschichte. Dank des grossen Engagements des Pächterehepaars sowie des kompetenten Stiftungsrats hat man dort eine echte Oase geschaffen. Es war aber von Anfang an das erklärte Ziel, das Projekt abgesehen vom Kapital nicht mit öffentlichen Geldern zu finanzieren, sondern den Umbau und den Betrieb von den Besuchenden, durch Sponsoren und private Gönner abzudecken. Für den teuren Umbau konnte man auch beachtliche Sponsorengelder sammeln, was sicher anzuerkennen ist. Man musste sich aber auch hoch verschulden, aus heutiger Sicht eine grosse Belastung. Speziell für den Betrieb braucht man mehr Eigenkapital, mehr Risikokapital, um allfällige künftige operative Verluste finanzieren zu können. Mit den 600'000 Franken, die jetzt im Raum stehen, wird auch die Liquiditätsbasis verstärkt. Dies ist besonders deshalb relevant, weil das Finanzierungskonzept jährliche Fundraising-Einnahmen vorsieht. Diese müssen aber zuerst noch gesammelt werden. Die Erwartungen und Ziele sind also sehr, sehr hoch. Der Betrieb, die Vorredenden haben es schon gesagt, hat aus kultureller Sicht eine sehr grosse Bedeutung. Er ist ein beliebtes Naherholungsgebiet, ein Treffpunkt von jungen Leuten, die lernen, und allgemein von Menschen, die dort etwas erleben wollen. Die gelebte Biodiversität ist sicher auch ein Anziehungspunkt für Touristen und Einheimische. Zusammengefasst also: Eine sinnvolle Sache. Kultur hat aber auch ihren Preis. Diesen Preis soll nun die Stadt mit einem zusätzlichen Beitrag bezahlen. Mit Blick auf die künftige Entwicklung der Stadtfinanzen ist das kein guter Zeitpunkt und auch nicht gerade prioritär auf der Liste der FDP-Fraktion. Die Zusatzfinanzierung ermöglicht die Sicherung des Betriebs für eine gewisse Zeit und erhöht selbstverständlich die Chancen, das ambitionöse Projekt finanziell nachhaltig erfolgreich zu gestalten. Die Herausforderungen für die nachhaltige operative Finanzierung dieses vielfältigen

Kulturangebots sind gross. Aus Sicht der Stadt Luzern, die ja auch Baurechtsgeberin ist, erachtet es die FDP-Fraktion im öffentlichen Interesse aber als weiterhin unbestritten. Zum Schluss soll die Stiftung, wie Vorrednerin Mirjam Fries es schon gesagt hat, auf eigenen Füßen stehen. Die Gesamtfinanzierung soll tragbar und ausgewogen sein. Mit der Erhöhung des Stiftungskapitals stellt die FDP-Fraktion aber auch ganz klar den Anspruch an das Management, dass die Stadt Luzern periodisch über die finanziellen und betrieblichen Entwicklungen aus erster Hand informiert wird, wie es auch Vorredner Christian Hochstrasser gesagt hat. Man wünscht der Stiftung viele Besucher und Gönner, die helfen, das Kulturprojekt langfristig mitzutragen. Die FDP-Fraktion wird auf den B+A eintreten und mehrheitlich zustimmen.

Marcel Lingg: Man hat im Zusammenhang mit dem B+A sehr viel über Zahlen diskutiert, man hat sie in den SVP-Fraktionssitzungen auseinandergenommen, in der GPK wurden sie bekannt gemacht. Das ist richtig und eine Aufgabe der Politik. Die SVP-Fraktion ist aber der Meinung, dass die Diskussion über Zahlen und darüber, was alles falsch gemacht wurde und was man jetzt alles besser machen sollte, nicht noch einmal im Grossen Stadtrat aufgegriffen werden muss. Man hat das sehr genau in den Fraktionen und in der GPK diskutiert und ist mit der Protokollbemerkung zu einer Lösung gekommen, die aus Sicht des Sprechenden unbestritten ist. Er möchte aber die Gelegenheit wahrnehmen, dem gesellschaftlichen Engagement von Privatpersonen ein ganz grosses Dankeschön auszusprechen. Die Stadt Luzern könnte noch viel mehr solche Leute brauchen, die selbst etwas angehen und auch selbst vermutlich Zeit und Geld in so ein Projekt stecken. Was wäre passiert, wenn es dieses Engagement nicht gegeben hätte? Wenn die Stiftung nicht gegründet worden wäre? Wenn sich keine Familie Fassbind zur Verfügung gestellt hätte? Dann hätte es vermutlich zwei Szenarien gegeben: Entweder wäre die Liegenschaft vergammelt, sie hätte leer gestanden, wäre schlimmstenfalls noch besetzt worden. Es wäre kein schöner Anblick gewesen. In der anderen Variante hätte sich die Stadt Luzern der Sache angenommen. Hätte sie die Liegenschaft selbst von Grund auf in den jetzigen Zustand renovieren müssen, wäre es sicher noch teurer geworden als der Betrag, der heute mit dem Kredit gesprochen werden soll. In diesem Sinne tritt die SVP-Fraktion auf den B+A ein und stimmt ihm zu. In diesem Zusammenhang noch ein ganz kleiner Seitenhieb gegen den Stadtrat: Man redet heute im Zusammenhang mit der Museggmauer über den Bauernbetrieb Hinter Musegg. Die SVP-Fraktion hält aber ganz klar daran fest, dass die Museggmauer in Bezug auf soziales privates Engagement auch noch andere Räume hat. Man denke an die verschiedenen Museggtürme, die ebenfalls von Privatpersonen, Stiftungen und Gesellschaften zugunsten der Bevölkerung und für das Stadtbild unterhalten werden. Der Sprechende wäre froh, wenn sich das grosszügige Engagement, das der Stadtrat heute auch von der SVP-Fraktion verlangt, in der Diskussion um die Weiterführung von Unterhalt und Pacht der Türme fortsetzen würde.

Martin Wyss: Die SP/JUSO-Fraktion dankt der Verwaltung für den B+A, auf den sie eintreten und dem sie zustimmen wird. Zum Entscheid hat die SP/JUSO-Fraktion aber nicht unbedingt der B+A bewogen, sondern die engagierte Arbeit, die auf Hinter Musegg tagtäglich von Pia und Walter Fassbind mit ihrem Team geleistet wird. Man spürt den Pioniergeist und die Begeisterung, sobald man das Grundstück betritt, spätestens aber, wenn man von Pia Fassbind auf dem Hof oder in der

Heubühne begrüsst wird. Leider hat der Bericht, insbesondere der Zeitpunkt, zu dem der Stiftungsrat den Antrag auf Aufstockung des Stiftungskapitals beantragt hat, auch in der SP/JUSO-Fraktion einige Fragen aufgeworfen. Man hat es schon in den vorhergehenden Eintretensvoten gehört. Allerdings muss man auch akzeptieren, dass die Stiftung gewisse Altlasten zu tragen hat, für die die Stadt Luzern mindestens eine Mitverantwortung trägt, sei es beim Entscheid über die Organisationsstruktur, also bei der Gründung der Stiftung «Kultur- und Lebensraum Musegg», sei es beim von Anfang an tiefgehaltenen Stiftungskapital. Die SP/JUSO-Fraktion erachtet die Aufstockung des Kapitals deshalb als gerechtfertigte Berichtigung und wird dementsprechend auch zustimmen. Gleichzeitig erwartet sie, dass die Stiftung mit dieser Aufstockung gut funktionieren wird. Man wird gespannt beobachten, wie sich der Hof und das Treiben auf dem Hof weiterentwickelt. Die SP/JUSO-Fraktion dankt von Herzen für das Herzblut, das dort eingesetzt wird, und tritt, wie eingangs erwähnt, auf den B+A ein.

Finanzdirektorin Franziska Bitzi Staub bedankt sich für die positive Aufnahme des Geschäfts und für die umfassende Würdigung im Eintreten. Sie hat dem nichts mehr hinzuzufügen. Aber man hat gemerkt: Es ist ein sehr interdisziplinäres Geschäft, man hätte es in fast jeder Direktion ansiedeln können: Bei Umwelt- und Mobilitätsdirektor Adrian Borgula, weil es um Biodiversität, um fortschrittliche Energiepolitik, alternative Energien geht. Bei Baudirektorin Manuela Jost, weil das Gebäude bei der Übergabe in einem maroden Zustand war und es einen grossen Investitionsbedarf gab. Bei Stadtpräsident Beat Züsli in der Bildungs- und Kulturdirektion, denn es ist jetzt eine Kulturbühne, es gibt aber auch für Schulklassen Anlässe und sehr wertvolle Begegnungen. Bei Sozial- und Sicherheitsdirektor Martin Merki als Quartierzentrum, als Freiraum im Quartier für die Bevölkerung. Es ist schliesslich aber bei der Finanzdirektion gelandet, weil es bei diesem Geschäft und bei diesem Antrag um eine Erhöhung des Stiftungskapitals geht. Man merkt, dass so ein Geschäft auch integrierend im Stadtrat wirken kann. Der Stadtrat ist wirklich überzeugt, dass auf dem Grundstück ein sehr grosser Mehrwert geschaffen worden ist für die ganze Stadt Luzern und dass man mit der Entschuldung bzw. Kapitalerhöhung eine Basis für die Zukunft legt. Man kann den Betreiberinnen und Betreibern dadurch etwas Luft verschaffen, damit sie sich wieder um den Betrieb kümmern können und sich nicht nur mit der Finanzsituation beschäftigen müssen. Die Sprechende muss wohl nichts mehr ausführen, sie hat keine weiteren offenen Fragen vernommen, einzig den Hinweis auf den Unterhalt der Türme. Diesen hat auch Baudirektorin Manuela Jost sicherlich gehört, um ihn zum gegebenen Zeitpunkt aufzunehmen.

Somit ist der Grosse Stadtrat auf den B+A eingetreten.

DETAIL

S. 13 4 Übersicht Finanzen und Folgekosten

Gianluca Pardini: Wie bereits eingangs erwähnt, hat die Geschäftsprüfungskommission einstimmig folgende Protokollbemerkung überwiesen:

Eine Vertretung der Stiftung erstattet der Geschäftsprüfungskommission im Jahr 2021 einen Bericht über die finanzielle und betriebliche Entwicklung.

Es gibt keine Wortmeldungen.

Der Grosse Stadtrat überweist die Protokollbemerkung

Eine Vertretung der Stiftung erstattet der Geschäftsprüfungskommission im Jahr 2021 einen Bericht über die finanzielle und betriebliche Entwicklung.

S. 14 f. 6 Antrag

- I. **Der Grosse Stadtrat bewilligt den Sonderkredit von 0,6 Mio. Franken mit 43 : 0 : 0 Stimmen.**
- II. **Der Grosse Stadtrat bewilligt den Nachtragskredit von 0,6 Mio. Franken zum Budget 2019 mit 43 : 0 : 0 Stimmen.**

Der Beschluss lautet:

Der Grosse Stadtrat von Luzern,

nach Kenntnisnahme vom Bericht und Antrag 28 vom 18. September 2019 betreffend

Stiftung Kultur- und Lebensraum Musegg

- **Städtischer Beitrag**
- **Sonder- und Nachtragskredit,**

gestützt auf den Bericht der Geschäftsprüfungskommission,

in Anwendung von § 14 Abs. 1 und § 34 Abs. 2 lit. a des Gesetzes über den Finanzhaushalt der Gemeinden vom 20. Juni 2016 sowie Art. 13 Abs. 1 Ziff. 2, Art. 29 Abs. 1 lit. b, Art. 68 lit. b Ziff. 2

und Art. 69 lit. a Ziff. 2 und lit. b Ziff. 3 der Gemeindeordnung der Stadt Luzern vom 7. Februar 1999,

beschliesst:

- I. Für den städtischen Beitrag an die Erhöhung des Stiftungskapitals der Stiftung Kultur- und Lebensraum Musegg wird ein Sonderkredit von 0,6 Mio. Franken bewilligt.
- II. Für den Aufgabenbereich Investitionen wird ein Nachtragskredit von 0,6 Mio. Franken zum Budget 2019 bewilligt.
- III. Der Beschluss gemäss Ziffer I unterliegt dem fakultativen Referendum.

**4 Interpellation 297, Peter With und Jörg Krähenbühl namens der
SVP-Fraktion vom 6. Juni 2019:
Kommunikation bei Sperrung Inseli-Carparkplatz**

Jörg Krähenbühl: Die SVP-Fraktion dankt für die ausführliche und präzise Beantwortung der gestellten Fragen in Bezug auf die Carunternehmungen. Gemäss Stadtrat bleibt die Erkenntnis, dass das entsprechende Konzept in Zukunft früher festgelegt und die davon Betroffenen frühzeitig informiert werden müssen. Die SVP-Fraktion hofft, dass sich der Stadtrat an die gegebenen Versprechungen betreffend Kommunikation bei planbaren Sperrungen halten wird.

Die Interpellation 297 ist somit erledigt.

**5 Interpellation 317, Marco Baumann namens der FDP-Fraktion
vom 20. August 2019:
Droht ein Verkehrskollaps an der Bernstrasse?**

Marco Baumann beantragt Diskussion.

Der Grosse Stadtrat stimmt der Diskussion zu.

Marco Baumann dankt dem Stadtrat für die Beantwortung der Interpellation. Er hätte sich aber heute schon konkretere Massnahmen und Projekte zur Optimierung gewünscht. Wie der Sprechende in der Interpellation gezeigt hat, besteht in der Littauer Bevölkerung die Sorge, dass es auf der Bernstrasse kurz- oder mittelfristig zu einem Verkehrskollaps kommen könnte. Der Stadtteil Littau wächst rasant aufgrund der fortschreitenden Bautätigkeit, und der künftige Mehrverkehr soll über das bestehende Verkehrssystem abgewickelt werden. Das bedeutet, der Mehrverkehr muss

vor allem auf der einzigen Strasse Richtung Luzerner Innenstadt abgewickelt werden. Weil die Strecke Kreuzstutz-Bernstrasse-Luzernerstrasse nicht gerade sehr attraktiv für Hobby-Velofahrende ist, nehmen aktuell sehr viele den Bus oder das Auto, nicht das Velo. In Zukunft wird sich diese Situation dank E-Bikes wahrscheinlich verbessern. Doch es bestehen auch dann aufgrund der engen Verhältnisse und der Unübersichtlichkeit gefährliche Stellen. Es freut den Sprechenden, dass der Stadtrat hier auch Handlungsbedarf sieht und eine Verbreiterung der Strasse und eine alternative Veloführung im Rahmen des mehrfach genannten Kantonsstrassenprojekts untersucht wird. Auch dass der Kanton Luzern Projekte zur Optimierung der Bernstrasse und des Kreisels Kreuzstutz in Angriff nehmen möchte, findet der Sprechende sehr wichtig. Dass die Planung erst Ende 2019 oder Anfang 2020 startet und die Realisierung erst 2021/2022 erfolgen wird, kann er nicht ganz nachvollziehen. Es ist schon seit längerem klar, dass es auf dieser Strasse immer wieder zu Stau und gefährlichen Engpässen kommt. So hätte man auch früher planen und Massnahmen ergreifen sollen. Aus der Stellungnahme des Stadtrates liest der Sprechende heraus, dass es dessen Meinung nach mit der Mobilitätsstrategie und dem Raumentwicklungskonzept getan ist. Die Verkehrsüberlastung zu Stosszeiten muss global betrachtet werden. Bei der Bernstrasse reicht das aber nicht aus. Es braucht neben dem Ausbau der ÖV-Kapazitäten und neben neuen Veloführungen auch Optimierungen für den motorisierten Individualverkehr, anstatt sich darauf zu konzentrieren, das Autofahren möglichst unattraktiv zu gestalten. Nur ein Nebeneinander wird in der Zukunft der neuen technologischen und digitalen Möglichkeiten Erfolg haben. Deshalb ist der Sprechende sehr gespannt, was die Projektplanungen und die Machbarkeitsstudie zur zukünftigen Gestaltung der Bern- und Luzernerstrasse auf dem Abschnitt Kreuzstutz-Udelbodenrain ergeben werden. Je nachdem wird die FDP-Fraktion wieder aktiv werden, um eine echte Lösung zu realisieren. Noch etwas möchte der Sprechende auf diesen Weg mitgeben: Er hofft, dass das Baustellenverkehrskonzept bei der abl-Überbauung bald vorliegt und sicherstellt, dass die Bernstrasse nicht noch mehr blockiert wird. Es sind aber noch weitere Baustellen und Verkehrsoptimierungen in ganz Littau geplant. So wird aktuell und in den nächsten Jahren auf der Flurstrasse, auf der Cheerstrasse, im Renggloch, auf der Bernstrasse und beim Kreuzstutz gebaut. Das bedeutet, dass alle Verkehrszu- und -abflussmöglichkeiten in der nächsten Zeit eingeschränkt werden. Darum ist es sehr wichtig, die Bauprojekte so aufeinander abzustimmen, dass es nicht noch zu weiteren Verkehrsbehinderungen oder sogar zu einem totalen Verkehrskollaps im Stadtteil Littau kommt.

Mario Stübi: Die SP/JUSO-Fraktion ist zufrieden mit der Antwort des Stadtrates. Sie zeigt nämlich auf, dass die relevanten Abklärungen gemacht wurden oder noch gemacht werden und sich sämtliche Beteiligten über die Herausforderungen auf dieser Strasse im Klaren sind. Den Verantwortlichen für diese Strasse muss man aus Sicht der SP/JUSO-Fraktion aber schnellstens mehr in die Pflicht nehmen. Der Kanton Luzern hat es als Betreiber des übergeordneten Strassennetzes in der Hand, unabhängig von Baustellen für einen flüssigen Verkehr und mehr Verkehrssicherheit zu sorgen. Das macht er bekanntlich nicht, abgesehen von der kurzsichtigen Planung von neuen teuren Strassen und Brücken über die Reuss. Die SP/JUSO-Fraktion findet deshalb, dass das Bauprojekt an der oberen Bernstrasse ein guter Anlass ist, um Standardmassnahmen auf dieser Strecke zu prüfen und bei Erfolg anschliessend fest einzuführen. Konkret: Nur schon aus Lärmschutzgründen, aber auch wegen mehr Sicherheit für den Langsamverkehr wäre ein Tempo-30-Regime auf dieser

engen Strasse überfällig. Das finden nicht nur der Sprechende und seine Genossinnen und Genossen, das finden auch die Bewohnerinnen und Bewohner des Quartiers, wie man es heute auf Zentralplus hat lesen können. Dort sagt der stellvertretende Quartiervereinspräsident Hans Bammert: «Wir fordern das auf der Bernstrasse schon lange. Für uns hat die Lösung dieses Problems oberste Priorität.» Auch das System der elektronischen Busspur, das man von der Spitalstrasse her kennt, wäre auf der Bernstrasse prüfenswert, weil die Strassen rund um den Kreuzstutz täglich mit viel zu vielen Autos verstopft und die Busse darum dauernd verspätet sind. Auch findet die SP/JUSO-Fraktion, dass die Idee eines Einbahnregimes erneut geprüft werden sollte. Man könnte dann mit dem Auto nur noch aus der Stadt hinausfahren. Wer zurück will, müsste einen Umweg über Ruopigen in Kauf nehmen, und zwar über die Cheerstrasse, womit der Name dieser Strasse auch einen Sinn ergeben würde. Noch etwas zur Idee der Entflechtung des Verkehrs, sprich: «Veloweg auf der Sagenmattstrasse». Neu ist diese Idee ja nicht. Nur wäre es schön, wenn man sie auch einmal abklären würde. Vor allem stadteinwärts wäre der grössere Höhenunterschied für Velofahrende nämlich kein Problem.

Patrick Zibung: Den Wunsch der Interpellation, dass ÖV und Veloverkehr bessere Rahmenbedingungen bekommen sollen, ohne dass der motorisierte Individualverkehr benachteiligt wird, unterstützt die SVP-Fraktion selbstverständlich. Leider wird aus der Antwort des Stadtrates klar, dass es einen Parkplatzabbau und Dosierungsanlagen geben soll. Man hört von linker Seite auch vom Tempo 30, vom Einbahnregime, von unnötigen Umwegen, die man machen soll. Der Sprechende fragt sich da schon, wie das in den Kontext des kürzlich beschlossenen Klimanotstands passt. Die SVP-Fraktion findet es grundsätzlich gut, dass mit dem Kanton Luzern Gespräche geführt werden. Sie fragt sich auch, ob der Kreuzstutzkreisel noch zeitgemäss ist, oder ob man dort etwas komplett Neues machen sollte mit Ampel und Rotlichtsignal. In der Interpellation wird auch noch erwähnt, dass im Gebiet Littau eine Menge gebaut und dass dies begrüsst wird. Die SVP-Fraktion sieht dies etwas kritisch, auch wenn sie mit den Leuten in diesem Gebiet redet. Zu starke Veränderungen der Umgebung schaffen durchaus gewisse Vorbehalte und Ängste, Stichwort «Gentrifizierung». Etwas weniger Bautätigkeit wäre also aus Sicht der SVP-Fraktion nicht nur hinsichtlich der Verkehrsinfrastruktur sinnvoll. Sie hofft, dass der Stadtrat die Problematik eines zu schnellen Wachstums in die weitere Planung aufnimmt.

Roger Sonderegger: Der Anlass für die Interpellation war ein Bauprojekt, an dem der Sprechende als Mitglied der Baugenossenschaft Matt etwas mithelfen darf, deshalb sagt er gerne etwas dazu. Auch fährt er mit dem Velo jeden Tag dort hinauf und hinab, wahrscheinlich als einziger im Saal. Der Baustellenverkehr macht dem Sprechenden noch nicht so viel Sorgen. Natürlich gibt es ein Problem während einer begrenzten Zeit, wenn die Lastwagen in sehr grosser Zahl ein- und ausfahren. Dann gibt es einen Verkehrsdienst vor Ort. Wenn es etwas mehr Stau gibt, ist dieser einfach an einem anderen Ort als heute, nicht im Kreuzstutz, sondern etwas weiter oben. Der Sprechende hat nicht das Gefühl, dass das wirklich wehtut. Wehtun wird seinem Gefühl nach, wie es dort in 20 Jahren aussehen wird. Wenn es 700 oder 1000 Wohnungen mehr gibt in Littau, wird es wirklich schwierig. Man hat ein Problem, das der Sprechende schon mehrfach erwähnt hat: Es gibt zu wenig Platz und keine geeignete Lösung für die Veloinfrastruktur. Die Bushaltestelle, die am Kreuz-

stutz neu organisiert worden ist, hat bereits eine recht gute Entlastung gebracht. Das Verkehrsregime von Littau in der Bernstrasse hat sich stark verbessert, seit die Busse aus Reussbühl schon vor dem Kreisel anhalten. Für die Velos gibt es aber noch keine Lösung. Der Sprechende schliesst an das Votum von Vorredner Mario Stübi an: Im Moment kann man die Strasse nicht verbreitern, das ist nicht realistisch. Was kann man überhaupt machen? Die so ziemlich einzige Massnahme ist, das Tempo herabzusetzen. Es gab 15 Projekteingaben für die Überbauung mit 150 Wohnungen. Verkürzt gesagt hat diejenige gewonnen, die am besten mit dem Lärm umgegangen ist. Es ist schon eine Aussage, wenn das Projekt mit dem Lärmschutz gewinnt. Der Lärm ist ein so grosses Thema an der Bernstrasse, dass es langfristige Investitionen bestimmt. Das sollte schon zum Nachdenken anregen. Es ist nicht nur ein Velothema, es ist auch ein Lärmthema, das ein ganzes Projekt prägt. Der Sprechende sagt noch etwas zum Velo: Die Sagenmattstrasse kann man schon heute herunterfahren, das geht wunderbar, ganz viele Leute machen das. Wenn sie gute Bremsen haben, sind sie noch etwas besser dran als ohne, es geht sehr steil in den Kreuzstutz hinab. Hinauf geht es eigentlich nicht. Man kommt schon gar nicht in die Strasse hinein, und mit den 15 % Steigung ist es nur für die ganz harten oder gut motorisierten Velofahrenden möglich. Bergauf geht es auf dieser Seite vermutlich auch langfristig nicht gut, weil sie weiter oben topographisch nicht geeignet ist. Die Strecke führt nicht dorthin, wo die meisten hinmüssen. Prüfwert wäre die andere, die Fluhmühleseite. Dort könnte das fehlende Stück der Veloinfrastruktur ergänzt werden. Der Sprechende wird sich erlauben, einen entsprechenden Vorstoss zu formulieren. Wenn der Stadtteil, der am stärksten wächst, keine vernünftige Veloinfrastruktur hat, dann ist die Stadt Luzern falsch aufgestellt.

Umwelt- und Mobilitätsdirektor Adrian Borgula kann gerade den letzten Punkt von Roger Sonderegger voll unterstützen. Die gute Anbindung von Littau ist tatsächlich einer der Knackpunkte der Mobilitätspolitik. Gerne hätte der Sprechende schon heute konkretere Massnahmen im Infrastrukturbereich präsentiert, wenn es dort überhaupt noch Potenzial gibt. Man darf aber auch nicht vergessen bzw. nicht unterschätzen, was die Stadt Luzern im ÖV-Bereich bereits tut und getan hat, zum einen durch die Verbesserung und Vergrösserung der Fahrzeuge. Ab Dezember fährt die Linie 30, eine Direktverbindung von Littau über das Kantonsspital nach Ebikon. Die Elektrifizierung der Linie 12 ist in Vorbereitung. Das ist kein Projekt, das man in ein paar Monaten erledigen kann, es dauert relativ lange, ist aber vorgesehen für die Eröffnung des Doppelbusperrons am Bahnhof. Man muss auch untersuchen, in welcher Form elektrifiziert werden soll. Der gegenwärtige Stand ist, dass unten mit Leitungen gefahren und oben abgebügelt wird. Diese Technik entwickelt sich stark. Die vbl beschafft sich Busse, die entsprechende Möglichkeiten haben und über längere Strecken ohne Bügel fahren können, ohne riesige Batterien mitschleppen zu müssen. Faktisch ist klar: Die Strecke Luzern–Littau via Bernstrasse ist nicht attraktiv für Velos. Auch der Sprechende als geübter Velofahrer fährt die Bernstrasse nicht gern hinauf. Es ist eng, im Abendverkehr ist eine gewisse Hektik vorhanden, man wird relativ schnell abgedrängt. Autofahrer hinter einem warten, bis sie eine Lücke haben, und spuren dann recht schnell vorne wieder ein. Die Stadt hätte gern schon jetzt eine Lösung angeboten, die Machbarkeitsstudie ist aber noch in Erarbeitung. Sie ist bald fertig. Der Sprechende ist nicht auf dem aktuellsten Stand, hofft aber, dass die Ideen, die vielleicht über den Vorstoss von Roger Sonderegger eingehen werden, in der Machbarkeitsstudie bereits aufgenommen werden. Tatsächlich hat man keine Möglichkeit, die Bernstrasse zu verbreitern,

wenn man im unteren Bereich keine Häuser abreissen will. Weiter oben wäre es kein Problem, aber im unteren Bereich ist es einfach unglaublich eng. Das ist dann eine Güterabwägung. Man müsste auch private Grundstücke «anknabbern», und zwar nicht nur eines. Es hilft der gesamten Strecke nichts, wenn nur eine Partei ein paar Meter abgibt. In den Voten wurde u. a. kritisiert, die Stadt Luzern habe nicht früh genug Massnahmen ergriffen. Wie bereits gesagt, hat man im ÖV-Bereich schon einiges gemacht. Die Stadt Luzern ist aber auch auf den Kanton Luzern als Partner angewiesen. Man führt schon lange Diskussionen wegen Tempo 30 aus Gründen der Sicherheit und des Lärmschutzes. Beides ist in der unteren Bernstrasse problematisch. Bisher ist es noch nicht gelungen, der Sprechende ist aber zuversichtlich, dass die Diskussion in Bewegung kommt und man diese Massnahme mit dem Kanton auch irgendwann vereinbaren kann. Sie wäre zweckmässig und wirklich relativ einfach zu realisieren, schafft aber noch nicht mehr Platz. Man muss sich bewusst sein, dass es dann für Velofahrende immer noch schwierig ist. Die Anregung einer elektronischen Busspur ist zwar interessant, aber nicht machbar. Für eine elektronische Busspur ist ein Gegenstau nötig, man braucht Aufstellfläche, wenn der Bus überholen will. Wenn er in die Bernstrasse einbiegen will, müsste der Verkehr irgendwo an der Spitalstrasse, am Kreuzstutz oder an den Strassen Richtung Norden zurückgestaut werden. Das verschärft das Problem eigentlich nur. In dieser Konstellation ist es keine zweckmässige Überlegung. Patrick Zibung hat den Kontext Klimanotstand erwähnt. Mit allen Massnahmen, die versuchen, mehr Mobilität auf gleicher Fläche sicherzustellen, ist man in genau die richtige Richtung unterwegs. Es wird einfach einen höheren Anteil an öffentlichem Verkehr geben, das kann man nicht wegdiskutieren, und es wird ein höherer Anteil Velo- und Fussverkehr nötig. Das sind die energie- und flächeneffizienten Mobilitätsarten. Diesen Weg wird die Stadt Luzern auch weitergehen. Die Reduktion der Parkplätze bedeutet keine faktische Reduktion der heutigen Parkplätze. Es werden aber nicht alle möglichen Parkplätze ausgeschöpft, die im Gebiet Matt realisiert werden könnten. Es ist logisch: Um die Mobilität wirklich bewältigen zu können, muss mit einem Mobilitätskonzept gearbeitet werden.

Zum letzten Punkt, den Baustellen: Diese sind ein Dauerzustand auf den Strassen. Es ist einfach so, dass immer wieder Baustellen aufeinander abgestimmt werden müssen. Die letzte Grossbaustelle war der Seetalplatz. Auch diese hat eine Belastung auf der Bernstrasse ausgelöst. Man hat ständig Baustellen, die man möglichst optimal abzustimmen versucht, aber man kann dem Anspruch nicht gerecht werden, dass der Verkehr auch bei Baustellen immer gleich fliessen können soll. Beim vorangegangenen Traktandum ging es um den temporären Carbetrieb am Inseli. In diesem System, das schon jetzt am Anschlag ist, ist es nicht möglich, alles perfekt zu machen. Man gibt sich aber Mühe, es möglichst gut zu machen. Meistens hat man auch eine gute Zusammenarbeit mit dem Kanton und bringt akzeptable Lösungen zustande.

Die Interpellation 317 ist somit erledigt.

**6 Postulat 313, Marco Müller namens der G/JG-Fraktion
vom 8. August 2019:
Bodenversiegelung sofort stoppen!**

Der Stadtrat nimmt das Postulat teilweise entgegen.

Marco Müller: Um es vorwegzunehmen: Die G/JG-Fraktion ist mit der teilweisen Entgegennahme des Postulats einverstanden. Es leuchtet ein, dass bei Projekten, die in der laufenden oder definitiven Planung sind, «sofort» einen Stopp bedeuten würde. Dass der Stadtrat, die Verwaltung und auch das Parlament, z. B. in der Baukommission, den Themen «Grünraum» und «Unversiegelte Flächen» gegenüber grundsätzlich positiv eingestellt sind und dies in der Vergangenheit bei verschiedenen Gelegenheiten schon gezeigt haben, ist unumstritten. Das Thema ist auf der politischen Agenda. Ein paar Beispiele: Es gibt verschiedene kleinere und grössere Aufwertungen im öffentlichen Raum, die der Grosse Stadtrat schon beschlossen hat und die bereits umgesetzt wurden, die kommende Klimaanpassungsstrategie und allgemein das Thema «Klimaschutz». Es ist aber so, und das ist der Auslöser des Vorstosses, dass dies alles viel zu langsam passiert, in kleinen Schritten und zu wenig konsequent. Obwohl das Thema «Klimaerwärmung» schon lange bekannt ist und obwohl es immer wieder Hitzesommer gibt, passiert einfach zu wenig. Es wird nach wie vor zu viel Fläche, zu viel Boden in der Stadt Luzern versiegelt. Darum ist irgendein Automatismus in der Verwaltung nötig, der dafür sorgt, dass bei zukünftigen Projekten das Thema «Bodenversiegelung» automatisch berücksichtigt wird, egal ob bei einer Umgestaltung, einer Renovation oder einem Neubau, egal ob es um die Gestaltung eines Strassenraumes, eines Spielplatzes oder eines Parkplatzes geht. Was muss versiegelt werden, was kann allenfalls entsiegelt werden? Um dem Thema «Bodenversiegelung» die nötige Aufmerksamkeit in der Öffentlichkeit und eine höhere Verbindlichkeit zu verschaffen – denn ein teilweise überwiesenes Postulat hat diesbezüglich nicht gerade die höchste Verbindlichkeit – wird die G/JG-Fraktion in zwei Wochen über die Lancierung einer Stadtklimainitiative befinden. Konkret soll der bestehende Grünraum gesichert werden. Bei allfälliger Annahme der Initiative darf nach einer gewissen Frist nicht noch mehr Fläche versiegelt werden, dies verbunden mit verschiedenen Massnahmen, die die Stadt Luzern dafür ergreifen muss. Die Diskussionen innerhalb der G/JG-Fraktion gehen in die Richtung, dass künftig auch Private bei einer Baueingabe angeben müssen, warum etwas neu versiegelt werden muss und weshalb es keine andere Möglichkeit gibt. Der Raum, der nicht versiegelt wird, soll ökologisch hochwertig begrünt werden. Das sind zwingend nötige Massnahmen, damit man trotz Klimaerwärmung ein gutes Aufenthaltsklima für ältere Leute und Kinder und ganz allgemein für die Bevölkerung in der Stadt Luzern schafft, in der sehr viel überbaut ist, die sehr viel Verkehr und sehr viel Asphalt hat, der Wärme abstrahlt. Es soll erträglich sein, sich im Sommer in der Stadt Luzern aufzuhalten. Aus diesem Grund werden den Grossen Stadtrat die Themen «Grünraum/Stadtklima/Bodenversiegelung» in nächster Zeit noch weiter beschäftigen. In Anbetracht der globalen Veränderung ist das auch nötig und richtig.

Judith Wyrsch: Die Forderungen im Postulat 313 sind absolut nachvollziehbar, sie sind aber auch nicht neu. Dazu gibt es klare Regeln im Planungs- und Baugesetz, eine Aussenraumgestaltung wird zudem bei jedem Baugesuch von der Behörde und zum Teil auch vom Umweltschutz geprüft.

Diese Prüfung muss auch die Bodengestaltung durchlaufen. Die Antwort des Stadtrates ist für die GLP-Fraktion ausgewogen. Der Blickwinkel ist nicht einseitig. Hauptsächlich geben unterschiedlichste Beanspruchungsgründe das Kriterium für den Bodenbelag vor oder auch die Unterhaltskosten. Viel weniger als oft gedacht ist der Gestaltungswillen dafür verantwortlich. Die GLP-Fraktion folgt den Schlussfolgerungen des Stadtrates und unterstützt dessen Anliegen, bei zukünftigen Projekten und in der Alltagspraxis eine noch genauere Interessensabwägung vorzunehmen, die zu einer für alle Beteiligten guten Bodenlösung führen soll. Die GLP-Fraktion ist für die teilweise Entgegennahme des Postulates.

Roger Sonderegger: Vorrednerin Judith Wyrsh hat es schön formuliert: Was gefordert wird, ist absolut verständlich. «Sofort aufhören» ist aber zu absolut, denn es gibt schon einige gute Gründe, warum man eine Oberfläche befestigen möchte. Die Kinder im Bleichergärtli werden genannt. Der Sprechende kennt es auch von der Überbauung, in der er selbst wohnt. Wenn eine befestigte Oberfläche da ist, sind draussen doppelt so viele Kinder mit dem Trottinett oder Velo unterwegs. Diese bedanken sich sicher für den Belag. Er ist sickerfähig und somit ein guter Kompromiss zwischen dem, was die Postulantinnen und Postulanten sich vorstellen, und dem, was die Kinder sich wünschen. Es gibt also gute Gründe für die Bodenversiegelung. Ob man als privater Bauherr in jedem Fall argumentieren muss, warum sie gerade in einem bestimmten Moment eingesetzt werden soll, kann man noch diskutieren. Der G/JG-Fraktion möchte der Sprechende ans Herz legen, ihr Vorhaben in einen Gesamtkontext zu stellen. Er hat jetzt einen Einzelvorstoss gehört, liest in der Antwort des Stadtrates aber auch, dass bald ein Bericht zum Thema «Klimaanpassung» kommt. Bevor man das nächste Thema in Angriff nimmt, sollte das erste einmal abgeschlossen werden, das ist der Wunsch des Sprechenden.

Patrick Zibung: Der Wunsch des Vorstosses mag sympathisch klingen, er ist aber symptomatisch für die aktuelle Hysterie, wenn es um das Klima geht. Man muss unbedingt etwas zum Klima sagen, koste es, was es wolle, egal, ob es gut ist oder schlecht. Dabei gehen sämtliche anderen Aspekte vergessen. So auch in diesem Postulat, das gut gemeint ist und auch sympathisch daher kommt, in der Umsetzung aber vielleicht nicht unbedingt so gut ist. Wieso ist es nicht so gut? Etwas gegen die höheren Temperaturen in der Stadt zu tun, ist sicher nicht schlecht, aber man stelle sich vor, im Vögeligärtli würde der Asphalt durch Schotter ersetzt, durch Kies oder Pflastersteine. Denkt die G/JG-Fraktion wirklich, dass Familien mit Kinderwagen oder Rollstuhlfahrende sich darüber freuen? Auch hier würden grössere Personengruppen in ihrer Bewegungsfreiheit eingeschränkt, und das in Zeiten, wo man bereit ist, 40 Mio. Franken in die Umsetzung der Behindertengleichstellung an Bushaltestellen zu investieren. Sollte das Postulat trotzdem angenommen werden, würde sich die SVP-Fraktion natürlich gerne in die Diskussion für die Umsetzung einbringen. Z. B. könnte man das Freigleis mit solchem Schotter oder Pflastersteinen ausstatten. Der Sprechende glaubt, dass die Velofahrenden im Saal daran auch nicht gerade Freude hätten. Die SVP-Fraktion findet die bisherige Praxis, wie schon zuvor gesagt wurde, auch gut. Mit dem Prädikat «Gut gemeint, aber nicht umsetzbar» schickt die SVP-Fraktion aber das Postulat an die Absender zurück und stellt den **Antrag auf Ablehnung des Postulats**.

Sonja Döbeli Stirnemann: Das Postulat wirft wichtige Fragen auf. Die Versiegelung des Bodens muss wirklich möglichst vermieden werden. Die Antwort des Stadtrates ist sehr gut, denn sie zeigt die Komplexität der Frage auf. Es gibt nicht nur ein einfaches «Gut», «Schwarz», «Weiss», «Beton schlecht, Rasen gut», sondern sie zeigt auf, dass man doch verschiedene Facetten des Stadtlebens betrachten muss, dass auch die Gewährleistung der Barrierefreiheit beachtet werden muss, dass Nutzungsmöglichkeiten wie z. B. Marktstände zu berücksichtigen sind. Das ist sehr, sehr gut, in der Quintessenz ist die FDP-Fraktion daher auch mit dem Stadtrat und mit der teilweisen Entgegennahme einverstanden. Man muss jedes Mal sorgfältig abwägen. Die Sprechende ist froh, dass die G/JG-Fraktion auf die vollständige Überweisung verzichtet, die FDP-Fraktion hätte ansonsten ablehnen müssen. So kann sie der teilweisen Überweisung zustimmen.

Nora Peduzzi: Der Geruch von frischem Sommerregen auf heissem Asphalt – herrlich. Geschmeidig und lautlos mit dem Velo über das Freigleis gleiten – genial. Abgesehen davon kann die Sprechende versiegelten Flächen nicht sehr viel abgewinnen. Der Ansicht der SP/JUSO-Fraktion nach gibt es leider viel zu viel davon in der Stadt Luzern. Es ist nicht das erste Mal, dass der Grosse Stadtrat über das städtische Klima und mögliche Anpassungen diskutiert. Bodenversiegelung sollte inzwischen allen Anwesenden ein Begriff sein. Die Problematik scheint erkannt zu sein, das Wissen und mögliche Alternativen sind vorhanden – scheinbar reicht dies aber noch nicht. Es kommt noch immer zu Neubauten und Umgestaltungen, bei denen Boden unnötigerweise mit Asphalt versiegelt wird. Natürlich soll die barrierefreie Zugänglichkeit gewährleistet werden, der Bodenbelag darf nicht hinderlich sein für die jeweils intendierte Nutzung: Kinderwagen, Rollstuhlfahrer und Rollstuhlfahrerinnen sollen mühelos Zugang haben. Die SP/JUSO-Fraktion begrüsst auch, dass das Bleichergärtli mit seiner jetzigen Gestaltung einen Ort darstellt, an dem Kinder Rollschuh und Velo fahren können, ohne sich dabei Gedanken über den Verkehr machen zu müssen. Trotzdem: Ob und wie viel Fläche versiegelt werden soll, muss in Zukunft sorgfältiger abgewogen werden, es gibt noch sehr viel «Luft nach oben». Bei Neubauten und Umgestaltungen muss sofort gehandelt werden, Versiegelungen sollen, wenn immer möglich, umgangen werden. Zum Schluss noch eine Anregung zu den versprochenen Klimaanpassungsmassnahmen: Die SP/JUSO-Fraktion würde eine Regelung begrüssen, die die Versiegelung resp. Entsiegelung klar und messbar festlegt. Man könnte z. B. definieren, wie viel Fläche entsiegelt wird oder in welchem Rhythmus geprüft wird, welche zusätzlichen Flächen entsiegelt werden können, um so die nötigen Schritte wirklich auch durchzuführen. Die SP/JUSO-Fraktion ist mit der teilweisen Entgegennahme einverstanden.

Marco Müller möchte auf verschiedene Voten Bezug nehmen. Zunächst lädt er die Anwesenden ein, eine Woche lang durch die Stadt Luzern zu gehen und festzuhalten, wo es Asphalt oder versiegelten Boden gibt, obwohl es nicht unbedingt nötig wäre. Der Sprechende ist sicher, dass die Anwesenden verschiedene kleinere und grössere Orte finden würden, wo stattdessen auch Blumen oder ein anderer Untergrund, etwa Kies, sein könnten. Es ist sehr, sehr viel möglich. Es gibt z. B. zubetonierte Kreisel. Der Kreisel bei der Allmend ist einfach ein grüner Hügel, auf dem Gras wächst. Das tut niemandem weh, er ist nicht bepflanzt wie etwa am Bundesplatz. Das ist eine Beispielsituation. Dann will der Sprechende den Grossen Stadtrat auch einladen, einige gelungene Beispiele in der Stadt Luzern zu besichtigen. Zwei davon nennt er explizit: Erstens das Helvetiagärtli. Das ist ein Ort, an dem sich Menschen extrem gerne aufhalten. Die Gartenterrasse und der

Fussweg am «Helvetia» vorbei sind asphaltiert, mit Kinderwagen usw. kommt man wunderbar durch. Die ganze Fläche unter den Bäumen aber ist nicht versiegelt, die Menschen halten sich sehr gerne dort auf. Man hat Schatten, es gibt grosse Bäume, man kann dort auch mit Kinderwagen oder Rollator einigermaßen gut laufen. Wenn man schnell von A nach B kommen möchte, nimmt man den Weg auf der rechten Seite. Das zweite Beispiel ist für den Sprechenden die Vorzone des Pavillons am Nationalquai. Auch dort gibt es ein versiegeltes Trottoir beim See. Auf der anderen Seite gibt es den riesengrossen Vorplatz, wo sich Menschen aufhalten, Konzerte stattfinden, wo Pétanque gespielt wird. Dort ist nichts versiegelt. Das ist wunderbar, die Menschen halten sich dort gerne auf. Der Sprechende nennt zwei Negativbeispiele: Die ganze Vorzone der Allmend. Wenn man im Sommer, wenn es richtig heiss ist, an eine Messe geht, ist der riesige Vorplatz glühend heiss. Eigentlich ist das eine Vorzone. Beim KKL hat man ein Dach, es gibt Schatten hinten. Niemand hält sich gerne dort auf. Für solche Projekte gibt es bestimmt die Möglichkeit, den Boden so zu gestalten, dass er sich sowohl für den Aufbau von Ständen eignet wie auch zum Aufenthalt. Der Sprechende führt auch zwei Beispiele in Kriens an, da mit Einwohnerratspräsident Roger Erni heute eine Vertretung der Gemeinde Kriens anwesend ist. Im Mattenhof gibt es einen Vorplatz. Es ist sehr viel asphaltiert worden, auch sonst wurde sehr viel verdichtet. Gewisse Orte sind Unorte, man kann sich dort nicht aufhalten. Tatsächlich halten sich auch wenig Menschen dort auf. Auch ist es schade, dass die ganze Vorzone des wunderbaren neuen Krienser Stadthauses zuasphaltiert wurde. Wenn die Leute sich auch im heissen Sommer gerne an einem Ort aufhalten sollen, wäre es für den Sprechenden sehr zweckmässig, Flächen mit weniger Asphalt und mehr Bäumen zu schaffen.

Umwelt- und Mobilitätsdirektor Adrian Borgula kann es kurz machen. In der Antwort hat der Stadtrat gut dargelegt, was seine Position ist. Der Sprechende wäre froh, wenn im Sinne des Stadtrates das Postulat für nur teilweise erheblich erklärt werden würde. Es ist tatsächlich ein sehr wichtiges Thema, man nimmt es ernst, auch heute schon, und wird es auch in zukünftige Aufgaben miteinfließen lassen. Der Stadtrat hat den Postulatstext genau gelesen. «Sofort» heisst «Sofort». Deshalb ist man auch auf den Antrag «teilweise erheblich» gekommen. Vorredner Marco Müller hat kritisiert, es ginge zu langsam, in kleinen Schritten, es werde noch zu viel versiegelt. Dem Sprechenden ist nicht bekannt, dass die Stadt Luzern im Bereich des öffentlichen Grundes in den letzten Jahren zusätzlich mehr versiegelt als entsiegelt hätte. Beim Bleichergärtli ist in der Schlussbilanz mehr entsiegelte Fläche vorhanden, man kann natürlich sagen, man sei nicht zufrieden damit. Die Stadt Luzern arbeitet auch an einem Projekt in der Tödi-/Himmelrichstrasse und auch im gesamten Hirschmattquartier. Es sind keine Riesenflächen, man hat aber Flächen entsiegeln können. Ein Parkplatz auf der Allmend wurde zurückgebaut und zu einer Naturschutzfläche umgewandelt. In der Bilanz der letzten Jahre ist die Versiegelung in der Stadt Luzern auf öffentlichem Grund eher rückläufig. Aber es gibt natürlich ein Projekt, das eine grosse Versiegelung verursachen wird, das Projekt «Cheerstrasse». Hier wird viel Grund versiegelt werden, es ist aber vom Volk so beschlossen worden. Dort wird keine Kiesstrasse möglich sein. Angesprochen wurden auch die privaten Projekte, die Versiegelungsfläche schaffen. Man versucht auf Grundlage der bestehenden rechtlichen Möglichkeiten, dem entgegenzuwirken, damit möglichst wenig versiegelt wird. Im Rahmen der BZR-Revision wird diskutiert, wie dies weiter verbessert werden kann. Die Stadt sucht im Rahmen des Siedlungsentwässerungsreglements Mechanismen, die Anreize schaffen, über die

Siedlungsentwässerung die Bodenversiegelung zu reduzieren. Bodenversiegelung heisst für die Infrastrukturanlagen der Entwässerung und des ganzen Abwasserbereichs mehr Belastung. Das ist nicht sinnvoll, wenn man nicht «über die Schulter» oder ins Grüne entwässern kann. Das gelingt z. B. im Bleichergärtli. Alles anfallende Wasser kann in die Rabatten rundherum entwässert werden. Man hat sich gut überlegt, wie das möglich wird. Das Wasser ist für Bäume und Pflanzen verfügbar, was wiederum ein Beitrag zum Stadtklima ist. Selbstverständlich muss die Stadt immer zwischen den Wünschen der gesamten Stadtbevölkerung abwägen, auch im Bereich Behindertengleichstellung. Wieviel «Luft nach oben» es noch gibt, wird man im Rahmen der Umsetzung des Postulats noch prüfen, man wird es sorgfältig abwägen. Bezüglich Messbarkeit der Ver- und Entsiegelung: Es ist ein relativ schwieriges Thema. Versiegelung und Entsiegelung sind in gewisser Weise auch relativ. Ein Mergelbelag, der häufig zur Nicht-Versiegelung oder Nicht-Asphaltierung eingesetzt wird, verdichtet sich durch die Benutzung, so dass mit der Zeit der Oberflächenabfluss besonders bei Starkregen immer grösser wird. Es ist nicht so, dass eine nicht asphaltierte Fläche das Wasser einfach aufnehmen und, noch wichtiger, für die Stadt Luzern auch verfügbar machen kann. In diesem Sinne bemüht sich die Stadt Luzern, gute Entwässerungsräume zu schaffen und in Zukunft wirklich darauf zu achten, dass möglichst viel nicht in die Kanalisation, sondern über die Grünräume entwässert werden kann und so für das Stadtklima verfügbar bleibt. Der Sprechende bedankt sich für die Unterstützung der teilweisen Überweisung des Postulats.

Der Grosse Stadtrat überweist das Postulat 313 teilweise.

Pause von 10.00 bis 10.30 Uhr

- **Dringliche Interpellation 336, Heidi Rast und Irina Studhalter namens der G/JG-Fraktion vom 21. Oktober 2019:
Der neu geplante Fluhmühlepark ist nicht akzeptabel**

Ratspräsident Albert Schwarzenbach schlägt vor, die Dringliche Interpellation 336 zusammen mit dem Dringlichen Postulat 337 zu diskutieren.

Der Grosse Stadtrat opponiert dem nicht. Die Geschäfte werden demzufolge gemeinsam diskutiert. Die Dringliche Interpellation 336 wird dadurch erledigt.

- **Dringliches Postulat 337, Heidi Rast und Irina Studhalter namens der G/JG-Fraktion vom 21. Oktober 2019:
Fluhmühlepark – mindestens eine gleichwertige und zeitlich nahtlose Lösung ermöglichen**

Der Stadtrat nimmt das Postulat entgegen.

Heidi Rast dankt dem Stadtrat, dass er die Dringlichkeit anerkannt hat und darauf eingeht. Sie schätzt dies sehr. Das Zeitfenster ist eng, die Bauarbeiten fangen in wenigen Monaten an. Das Stadtgebiet Nord ist ein sensibles und besonders herausforderndes Stadtgebiet, in naher Zukunft und auch für längere Zeit. Verschiedenste grossräumige Bauten sind geplant und angedacht. Der Bevölkerung wird einiges zugemutet. Sie muss auch einiges aushalten. Im nächsten Jahr ist der Fluhmühlepark betroffen, später kommt noch das Dammgärtli wegen des Bypasses hinzu. Wie es mit der neuen Variante Reussport weitergeht, ist noch offen. Quartiere wie Wächter am Gütsch, Bernstrasse und Udelboden werden von den kommenden Entwicklungen enorm tangiert. Mit diesen Quartieren verbindet man immer viel Verkehr, Lärm, Schatten, Betonbauten und Interkulturalität. Doch auch dort gibt es verschiedene kleine Oasen, die von der Quartierbevölkerung sehr geschätzt werden, z. B. der Sentigarten, das Dammgärtli oder der Fluhmühlepark. Deshalb ist es umso wichtiger, dass man die wenigen grünen Inseln, die man hat, bewahrt oder mindestens einen gleichwertigen Ersatz für sie erstellt. Wer von den Anwesenden kennt den Fluhmühlepark wirklich? Die Sprechende behauptet, dass die wenigsten schon einmal ihre Freizeit im Fluhmühlepark verbracht haben. Deshalb erlaubt sie sich, einen kurzen bildnerischen Einblick zu geben. Der doch sehr unscheinbare Fluhmühlepark, die Sprechende nennt ihn persönlich nicht Park, dafür ist er etwas zu klein, befindet sich direkt an der Hauptstrasse zwischen Fluhmühlerain und Fluhmühle. Im Fluhmühlepark steht ein Spielbauwagen für Kinder, er ist türkis angemalt mit weissen Punkten. Es gibt ein paar Sitzbänke, einen Pingpong Tisch, verteilte Steinblöcke, Tannen und Laubbäume, eine kleine Spielwiese und einen schmalen Kiesweg. Wahrlich nichts Luxuriöses, aber doch ein praktischer Ort, der von der nächsten Nachbarschaft rege besucht und genutzt wird. Der Fluhmühlepark ist ein wichtiger Aufenthalts- und Begegnungsort für Familien, Kinder, ältere Menschen, aber auch für diejenigen, die auf dem Heimweg sind oder zur Arbeit gehen. Man kennt sich, grüsst sich, wenn man will, kommt man schnell ins Gespräch. Es ist ein Ort ohne wirkliche Probleme und Zwischenfälle. Schon 2011 wurde die Quartierbevölkerung vor Ort darüber informiert, dass der Fluhmühlepark als Installationsplatz für die notwendigen Bauarbeiten des Kantons an der Hauptstrasse genutzt wird. Die Stadt Luzern hat in partizipativen Workshops die Wünsche und Bedürfnisse der Quartierbevölkerung aufgenommen. Es zeichnete sich ab, dass die Stadt eine mindestens gleichwertige oder sogar neue, bessere Lösung zwischen Fluhmühle, Bahnlinie und Lindenstrasse erreichen wollte. Doch jetzt, im September 2019, musste die Udelbodener Quartierbevölkerung den Medien entnehmen, dass aus diesen Plänen nichts wird. Der neu geplante Mini-Fluhmühlepark, der mindestens fünfmal kleiner ist als der alte, ist nicht akzeptabel. Ein kleiner Fleck, ein Kies-Stein-Platz am Ende der Fluhmühle, eingeklemmt zwischen der direkt anliegenden Bahnlinie, der dunklen Unterführung und der steilen Böschung mit einer hohen Betonmauer, kann wirklich nicht als Park und Begegnungsort dienen. Wenn man die Menschen vor Ort fragt, sind sie eigentlich der Meinung: «Lieber nichts als so etwas.» Aber es bestehen ja noch Chancen. Dieses Jahr heisst das

Motto des Grossen Stadtrates: «Über den Tellerrand schauen.» Beim Fluhmühlepark wäre jetzt so eine Gelegenheit. Hier sind zeitnahe, innovative und unkonventionelle, kreative Lösungen gefragt. Zum Beispiel, dass die Quartierbewohnenden miteinbezogen werden, wenn sich zeigt, dass es Schwierigkeiten gibt. Dass der Kanton in die Mitverantwortung gezogen wird. Verständnis schaffen für die komplexen Herausforderungen und akzeptable Lösungen erwirken. Es ist erfreulich, was alles zur Aufwertung des Quartiers bereits unternommen worden ist. Das schätzt die Sprechende sehr. Doch damit ist es einfach noch nicht getan. Die Stadt Luzern ist in der Pflicht, sich gerade für Quartiere mit besonders schwierigen Umständen auch besonders einzusetzen. Der Fluhmühlepark ist wichtig, und diesem Stadtteil muss ein besonderes Augenmerk geschenkt werden. Deshalb begrüsst es die Sprechende sehr, dass der Stadtrat auch Alternativen betreffend Baustelleninstallationsfläche mit dem Kanton angehen will. Trotzdem hält sie es für nötig, dass der Stadtrat in Bezug auf den Fluhmühlepark eine aktive und für die Quartierbevölkerung konstruktive Vorgehensweise zeigt. Die Menschen vor Ort haben das Recht auf einen öffentlichen Begegnungsort, der den Namen auch verdient.

Nico van der Heiden bedankt sich für die Vorstösse zu diesem tatsächlich etwas vergessenen Quartier wie auch für die sehr ausführlichen und fundierten Antworten auf die dringlichen Vorstösse. Er ist erstaunt, wie schnell sehr ausführlich etwas zu dem Thema zusammengetragen wurde. Man merkt der Antwort des Stadtrates den Frust an, der eventuell auch verwaltungsintern bei dem Projekt vorhanden ist. Der Sprechende spürt die Motivation und das Engagement, eine gute Lösung zu erzielen, irgendwie weiss man nicht so recht, wie man dorthin kommt. Es ist eine Art Seldwyla-Bebauungskrimi. Man hat die Grundeigentümer, vielleicht auch Grundeigentümerinnen, die einfach möglichst viel Geld aus ihrer Liegenschaft herauspressen wollen, man hat Absichtserklärungen, die wieder zurückgezogen werden, man hat den Kanton, der für ein relativ sinnfreies Strassenprojekt Bauinstallationen natürlich ausgerechnet auf der einzigen Freifläche weit und breit plant, man hat Grundeigentümerinnen oder Grundeigentümer, die sogar gegen den geplanten Minipark noch Einsprache erheben. Das ist ihr gutes Recht, aber doch auch etwas sinnfrei und schade. Was kann man jetzt machen? Es ist nicht ganz so einfach. Der Sprechende meint: Hartnäckig bleiben gegenüber dem Kanton, die Sache mit dem Bauinstallationsplatz nochmals sehr gut ansehen, es muss doch eine andere Lösung möglich sein. Und auch gegenüber den Grundeigentümerinnen und Grundeigentümern hartnäckig bleiben und nicht nachgeben, die zur Verfügung stehenden Planungsinstrumente ausnutzen und, wie Vorrednerin Heidi Rast schon sagte, die Bevölkerung gut mitnehmen. Es ist ein schwieriger Prozess, es gibt wahrscheinlich keine «supergute» Lösung, deshalb ist die Kommunikation mit der Bevölkerung umso wichtiger. Die SP/JUSO-Fraktion ist aber grundsätzlich mit dem Vorgehen, das der Stadtrat vorschlägt, einverstanden und wird die Entgegennahme des Postulats unterstützen.

Marcel Lingg: Die ganze Sache der Fluhmühle ist geografisch überschaubar, letztlich aber doch ein sehr komplexes Thema, das jetzt im Grossen Stadtrat diskutiert wird. Für die SVP-Fraktion ist momentan aus den beiden Vorstössen nicht ganz ersichtlich, über was heute überhaupt geredet wird. Der Sprechende führt es aus: Die Bauphase, den Bauinstallationsplatz, die den Fluhmühlepark einschränken oder verunmöglichen werden, gibt es klar bei jedem Bauvorhaben. Wenn man in der eigenen Wohnung die Küche umbaut, in der Nachbarschaft ein neues Haus oder eine neue

Strasse gebaut oder eine Renovation gemacht wird, geht das immer mit Einschränkungen einher. Die zeitlich begrenzte Bauerei muss man in der heutigen Zeit, eigentlich schon immer, einfach akzeptieren. Das ist schon die erste grosse Frage der SVP-Fraktion: Was ist denn, wenn 2023 die Bauphase der Strassenerweiterung abgeschlossen ist? Was passiert dann mit dem jetzigen Platz? Wenn die Bauinstallation nicht mehr benötigt wird, ist die Fläche eigentlich wieder vorhanden, man kann sie dem Park wieder zurückgeben. Zu dieser Frage ist in den Vorstössen und in der Antwort nicht einmal ansatzweise etwas erwähnt. Die andere Frage ist die weitergehende Planung des ganzen Gebiets Fluhmühle. Ein Bebauungsplan wurde angekündigt, bzw. er wurde jetzt auf zwei Bebauungspläne aufgeteilt. Die SVP-Fraktion ist selbstverständlich einverstanden, dass man sich im Zusammenhang mit den Bebauungsplänen Gedanken macht, wie Grünfläche entstehen kann, was wo und wie sinnvoll ist. Man muss in diesem Zusammenhang mit den Grundstücksbesitzern reden und verhandeln. In Bezug auf die mittel- und längerfristigen Lösungen ist die SVP-Fraktion im Sinne des Stadtrates einverstanden, wieder Verhandlungen zu führen. Ein Problem hat sie aber wirklich mit der kurzfristigen Lösung. Unter allen Umständen sollen jetzt Kampfmassnahmen ergriffen werden, es soll Verwaltungsaufwand gemacht und diskutiert werden. Wenn man die Antwort des Stadtrates liest, ist eigentlich alles klar. Es ist nicht umsetzbar, die Verhandlungen sind jetzt abgeschlossen, die Grundeigentümer wollen nicht. Wenn sie heute nicht wollen, werden sie auch morgen und übermorgen nicht wollen. Vielleicht wollen sie in zwei, drei Jahren, dann sind die Bauarbeiten aber beendet. Summa summarum geht die SVP-Fraktion beim Lesen der Vorstösse davon aus, dass die Anträge sich eigentlich auf die kurzfristige Lösung beziehen. Es soll quasi eine provisorische Lösung umgesetzt werden zur Erhaltung des Parks. Wenn dem so ist, tendiert die SVP-Fraktion zur **Ablehnung des Postulats**. Sie will jetzt keine Kampfmassnahmen seitens der Stadt gegenüber Kanton und Grundeigentümern. Die SVP-Fraktion will das Postulat in der jetzigen Form zur Ablehnung empfehlen. Betreffend die längerfristige Diskussion ist die Fraktion, wie gesagt, offen. Diese ist aus Sicht der SVP-Fraktion in der Antwort des Stadtrates aber nicht gemeint.

Sandra Felder-Estermann: Es war von Anfang an bekannt, dass die gegenwärtige Nutzung des Fluhmühleparks temporär ist. Umso wichtiger wäre es gewesen, möglichst schnell eine Ersatzlösung in die Planung aufzunehmen. Aber nein: Es wurde verpasst. Die Mitarbeit der Quartierkräfte ist zwar lobenswert, man hat diese eingeholt. Sie sind jetzt aber enttäuscht, sehr enttäuscht vom Stadtrat, von der Stadt Luzern allgemein, sie fühlen sich verschaukelt. Seit 2011 weiss man es, jetzt ist fast schon 2020. Es ist noch kein Ersatz da. Der Stadtrat hat ausgeführt, warum das so ist, aber Fakt ist: Es ist kein Ersatz da. Auch die nahtlose Überbrückung mit dem kleineren Park ist für die Sprechende nicht herauslesbar. Die Drohung der Quartierbevölkerung versteht die Sprechende. Sie sagen: «Wenn aus unserem Fluhmühlepark ein Bauplatz werden soll, besetzen wir ihn.» Die Sprechende kann dies absolut verstehen und nachvollziehen. Die Quartierbevölkerung sagt: «Es ist uns ein Ersatz versprochen worden.» Dieser ist nicht da, deshalb ist die allfällige Blockade nicht gegen den Kanton gerichtet, sondern gegen den Stadtrat. Die Einbeziehung der Bevölkerung ist ganz wichtig, wie schon Vorrednerin Heidi Rast sagte. Man muss mit den Menschen sprechen. Wenn man sie schon befragt, soll man sie auch ernst nehmen in ihren Bedürfnissen und auch mit ihnen kommunizieren, nicht nur über die Medien. Die Sprechende weiss nicht, wie es abgelaufen ist, aber laut Rückmeldungen aus dem Quartier kam die Kommunikation aus den Medien.

Das ist absolut unschön. Entsprechend ist die Enttäuschung also wirklich verständlich. Die aufgezählten Massnahmen, die schon unternommen worden sind, sind schön und gut, aber es gibt wirklich keinen Ersatz für den Aussenaufenthaltsraum, der den Menschen jetzt genommen wird. Die FDP-Fraktion ist für die Entgegennahme des Postulats und fordert ebenfalls weitere zielführende Gespräche im Wissen darum, dass das Land dem Kanton gehört. Der zeitlich nahtlose Ersatz müsste von Stadtseite her organisiert werden, sie ist keine Kantonsaufgabe.

Roger Sonderegger bedankt sich dafür, dass dieses wichtige Thema heute im Grossen Stadtrat aufgegriffen und diskutiert wird. Aus den Antworten liest der Sprechende viele Schwierigkeiten, Probleme, warum es nicht ging. Er muss aber Vorredner Marcel Lingg Recht geben: Um was geht es denn eigentlich? Es geht darum, dass die Menschen im Quartier einen Park wollen, ein legitimes Anliegen, das alle in der Stadt haben dürfen. Bald haben sie ihn nicht mehr. Der Sprechende muss es ganz klar sagen: Auf der Karte auf Seite 3 der Interpellation ist ein kleines Parkplätzchen zwischen einem Hochhaus und einem Bahndamm, dann kommt eine Unterführung mit Stützmauern und eine steile Böschung. Sie ist richtig steil, da kann man nichts machen ausser einer langen Rutschbahn, über die sich diejenigen freuen, die hinunterrutschen können, sonst niemand. Gesund ist es nicht, es ist feucht wegen des Waldes, es ist nicht geeignet für einen Park. Was man heute als «Restpark» oder «Minipark» bezeichnet, ist kein Quartierpark. Die Postulantinnen wählten den schönen Titel «Der Park ist nicht akzeptabel.» Der Sprechende muss sagen: Sie haben Recht. Er ist nicht akzeptabel, das reicht nicht, das geht nicht. Es muss etwas anderes her. Der Sprechende stimmt zum Teil mit Vorrednerin Sandra Felder-Estermann überein: Es waren acht Jahre Zeit, und es ist gescheitert. Es funktionierte nicht, es gibt kein funktionierendes Provisorium für dieses Quartier. Man muss es deutlich sagen: Das ist jetzt nicht gerade ein schmeichelhaftes Zeugnis. Die Strategie ist nicht aufgegangen. Die Partnerschaft mit einem grossen Garagisten war charmant, sie funktionierte nicht, weil dieser seine Pläne änderte. Das darf er. Ein privater Eigentümer einer Liegenschaft verkaufte diese und löste damit sein Versprechen auf. Das ist unschön, passiert aber. Jetzt steht man ohne Lösung da. Wenn der Sprechende in den Antworten liest, wie es in Zukunft weitergehen soll, geht es ihm nicht besser als bei der «Vergangenheitsbewältigung». Er liest in der Stellungnahme z. B., eine städtebauliche Vorstellung werde «nochmals geprüft und mit den Eigentümerschaften neu verhandelt.» Das klingt nicht gerade so, als hätte man eine Lösung in Griffweite. Auf der zweiten Seite der Stellungnahme liest man, «mit dem Kanton werden auch Alternativen für eine Bauinstallationsfläche im Bereich der zukünftigen Baustelle diskutiert.» Wenn es 2011 nicht gelungen ist, geht es im letzte Monat wohl auch nicht so schnell. An Stelle des Kantons würde der Sprechende «Nein» sagen. Er ist konsterniert, mit ihm ist die ganze CVP-Fraktion nicht zufrieden mit der Situation. Für den Moment kann man ausser den bereits genannten Möglichkeiten nur das Postulat überweisen und dem Stadtrat den Auftrag erteilen, nachzuverhandeln. Es muss besser werden.

Jules Gut: Warum gilt das Fluhmühlequartier als «schwieriges Quartier»? Weil es dort eben schwierig ist. Das zeigt sich einmal mehr in der Dringlichen Interpellation. Ganz viele Ansprüche treffen aufeinander, eine Lösung war früher nicht möglich und wird auch in Zukunft schwierig sein. Sandra Felder-Estermann und Roger Sonderegger haben es sehr gut aufgezeigt. Es ist eben typisch für das Quartier. Das hat man jetzt auch beim Kanton gemerkt, der deshalb jetzt noch eine

Brücke dazubauen will. Der Sprechende fand die Worte von Sandra Felder-Estermann und Roger Sonderegger sehr spannend. Auch die Bürgerlichen merken, dass etwas im Argen liegt, nicht nur die grün-linke Seite. Übrigens gibt es noch ein zweites Gärtchen, Vorrednerin Heidi Rast erwähnte es bereits, das Dammgärtli. Dieses fällt mit dem Bypass für mehrere Jahre weg. Der Sprechende würde sich sehr freuen, wenn auch die bürgerliche Seite das erkennen würde und man sich im allgemeinen Frust als Gesamtstadtrat zusammenraufen könnte, wie es ja die Krienser in Bezug auf den Bypass vormachen. Man sollte darauf bestehen, dass das Dammgärtli nicht einfach so für zehn Jahre geschlossen werden kann, damit nicht dasselbe passiert wie bei der Fluhmühle und kein Ersatz da ist. Mit dem Auszug der Hochschule Design & Kunst an der Dammstrasse werden Flächen frei, welche für einen guten Ersatz zur Verfügung stehen würden.

Nico van der Heiden ist eigentlich immer dabei bei einem guten «Stadtrat-Bashing». Aber jetzt möchte er doch schnell nachfragen. Die Sprechenden der FDP-Fraktion und der CVP-Fraktion sagten beide, sie seien sehr konsterniert, man habe nach acht Jahren keine Lösung. Das findet der Sprechende auch. Aber: Was ist denn ihre Lösung? Die Vorredenden sollten dem Stadtrat einen Vorschlag machen. Es ist wirklich etwas verfahren. Der Sprechende liest, dass die Stadt selbst an diesem Ort kein Land hat. Würden FDP-Fraktion und CVP-Fraktion unterstützen, dass die Privateigentümer dort enteignet würden? Er wäre froh, wenn nicht nur auf den Stadtrat eingeschlagen, sondern auch der eine oder andere Tipp gegeben würde, was die Lösung aus Sicht der FDP-Fraktion und der CVP-Fraktion denn wäre.

Christian Hochstrasser möchte etwas zu Vorredner Marcel Lingg sagen, der es unnötig findet, kurzfristige Massnahmen zu ergreifen und statt Provisorien langfristige Massnahmen in den Fokus gerückt hat. Aus Sicht eines Kindes, das in dem Quartier aufwächst, ist eine Grünraumlücke von drei bis vier Jahren oder von zehn Jahren beim Dammgärtli immens. Aus Sicht der Anwesenden ist das vielleicht anders, aus Kinderperspektive ist es so, dass es einen Ort, der über mehrere Jahre fehlt, niemals gegeben hat. Dessen muss man sich bewusst sein. Wenn es um Kinder und Freiräume geht, sollte man gerade den Übergangslösungen und kurzfristigen Massnahmen Gewicht geben. Der Sprechende versteht nicht, dass Marcel Lingg dies einfach so hinnimmt, gerade auch, weil es sich um ein Quartier handelt, das im privaten Bereich nicht genügend Frei- und Grünräume hat. Solche gibt es eben gerade nicht. Man ist dort umso mehr auf den öffentlichen Raum angewiesen.

Baudirektorin Manuela Jost: Es ist eine sehr unbefriedigende Situation, das stellt der Stadtrat auch nicht in Abrede, er bedauert es auch sehr. Es ist aber nicht so, dass der Stadtrat einfach nichts tut und nicht nach Lösungen sucht. Das ist ein unfairer Vorwurf. Bis 2018 war alles recht gut aufgegleist, man konnte eine gute Lösung präsentieren. Dass die Grundeigentümerschaft es so kurzfristig anders sah, ist einfach so, das ist ihr Recht. Aber es wirft natürlich auch den Stadtrat mit der ganzen Planung zurück. Auch die Aufteilung der beiden Bebauungspläne ist sinnvoll, um die Komplexität auf Seite der Fluhmühle von anderen Orten im Bebauungsplan zu trennen und den Bebauungsplan Lindenstrasse mit der vorgeschlagenen Grünzone voranzutreiben. Man führte bereits Gespräche über die verkleinerte Variante. Der Stadtrat bedauert, dass die Grundeigentümer auch zur nochmals verkleinerten Variante nach einigem Überlegen jetzt anderer Meinung sind.

Aber das ist Thema der Einspracheverhandlungen. «Verhandelt weiter», war das Votum von Vorredner Roger Sonderegger. Das tut der Stadtrat, die Sprechende kann dazu auch nicht mehr sagen. Die Einspracheverhandlungen laufen, die Einsprache gegen den Bebauungsplan zur Lindenstrasse ist ein Punkt darin. Für den Stadtrat wie auch für die Bevölkerung ist es sehr wichtig, dass es den Freiraum dort gibt. Im nächsten Schritt wird sicher auch die Bevölkerung wieder miteinbezogen werden. Es ist aber schwierig, über die Art und Weise der Einspracheverhandlungen zu reden. Die Absicht des Stadtrates ist es, die Bevölkerung so schnell wie möglich wieder miteinzubeziehen. Dass eine Alternative so schnell wie möglich entstehen muss, eventuell in einer noch kleineren, anderen Variante, ist für den Stadtrat klar. Er ist schon dabei, dies intern mit der Stadtgärtnerei aufzugleisen. Selbstverständlich wird die Bevölkerung bei der Gestaltung einbezogen, damit das kleinere Areal dann auch wirklich attraktiv ist. Der Freiraum hat für den Stadtrat eine hohe Priorität. Das Enteignungsverfahren ist erwähnt worden, es wäre durchaus ein Weg. Hier hat man aber hohe Prozessrisiken. Es gibt diesbezüglich auch wenig Bundesgerichtsentscheide. Man ist dort auf sehr dünnem Eis, es ist eine sehr kostspielige Sache. Der Sache ist aus Sicht der Sprechenden nicht gedient, wenn man möglichst schnell eine Parkvariante möchte. Es ist vielleicht auch nicht verhältnismässig. Was also passiert als nächstes? Die nächsten Schritte sind der Abschluss der Einspracheverhandlungen. Kommt man dort noch zu einer Lösung, besonders in Bezug auf Grundstück 24, zu dem jetzt eine Einsprache läuft? Zweitens wird mit dem Kanton über die Frage der Fläche diskutiert, die er wirklich für die Bauarbeiten braucht. Auf dem Plan sieht man, dass das Grundstück relativ gross ist, es enthält aber auch einen Hang und 30 Parkplätze, die von der Stadt Luzern bewirtschaftet werden. Der Stadtrat sucht nochmals das Gespräch über die Frage, wieviel der Kanton wirklich braucht, und ob es allenfalls eine Variante gibt. Der dritte Punkt ist, so schnell wie möglich die Bevölkerung über das weitere Vorgehen zu informieren und auch Ideen abzuholen. Das ist aber sinnvoller, wenn die Einspracheverhandlungen abgeschlossen sind. Die Sprechende nimmt auf jeden Fall diesen Punkt mit. Die Schwierigkeit ist, wie schon erwähnt wurde, dass man keine eigenen Grundstücke hat. So wird es hochkomplex. Man braucht den Goodwill und die Bereitschaft der Privaten, muss Verhandlungslösungen suchen. Dass das nicht immer zum Ziel führt, ist leider so. Die Grundeigentümer haben zurecht ihre eigenen Vorstellungen, wie sie das Grundstück nutzen wollen. Die Anwesenden haben es gelesen: Die Absichtserklärung war unterschrieben. Der Grundeigentümer hat grundsätzlich das Recht, seine Absicht auch kurzfristig zu ändern. Der Stadtrat versucht nun, auch kurzfristig noch eine gute Lösung zu finden.

Roger Sonderegger: Vorredner Marcel Lingg hat eine Frage gestellt, der Sprechende hat «nachgedoppelt» und stellt sie jetzt noch einmal, weil sie so wichtig ist. Wie sieht es mit der langfristigen Nutzbarkeit des Bauinstallationsplatzes aus, der dem Kanton gehört und den die Stadt Luzern bisher unentgeltlich, wie man erfahren hat, benutzen und pflegen durfte. Sandra Felder-Estermann und der Sprechende sind aufgefordert worden, schnell eine Lösung zu bringen. Eine wirklich gute, ausgereifte Lösung kann der Sprechende in dieser kurzen Zeit natürlich nicht liefern. Was ihm am Herzen liegt, ist dasselbe wie für Vorredner Christian Hochstrasser: Etwas, das auf der kurzfristigen Schiene funktioniert, es darf auch unabhängig von der langfristigen Schiene sein, Stichwort: «Zwischennutzung». Vielleicht kann man eine Fläche benutzen, auf der heute Autos parkieren und für die keine komplizierte, langfristige Vertragslösung benötigt wird, und sie für drei Jahre umfunktionieren. Das wäre eventuell ein prüfenswerter Ansatz im Sinne eines konstruktiven Dialogs.

Baudirektorin Manuela Jost: Die Gespräche bezüglich allfälliger Zwischennutzungen von Parkflächen führt man bereits. Auch diese Flächen gehören nicht der Stadt Luzern. Auch bei ihnen ist man auf Entgegenkommen angewiesen. Wie bereits erwähnt, besitzt der Kanton am unteren Grundstücksrand 30 Parkplätze, die die Stadt Luzern im Moment bewirtschaftet. Man wird mit dem Kanton besprechen, ob diese oder andere Flächen innerhalb des relativ grossen Grundstücks verfügbar bleiben. Der Kanton äusserte sich bisher nicht dazu. Im Gespräch wird auch noch einmal abgefragt, wie lange er das Grundstück für die verschiedensten Projekte wirklich braucht. Ist es 2023 wirklich wieder verfügbar? Derzeit hat man keine klaren Signale, die Vereinbarung ist auf 1. August 2020 gekündigt worden. Man wird nachfragen, ob das Grundstück oder ein Teil davon länger bzw. längerfristig von der Stadt Luzern genutzt werden kann und was die langfristigen Pläne des Kantons dafür sind.

Marcel Lingg: Die SVP-Fraktion hat sich kurz abgesprochen. Einigkeit gibt es, wenn es um die längerfristige Planung geht. Da ist man sich wirklich einig. Bei der Ausarbeitung der Bebauungspläne muss darauf geachtet werden, dass es entsprechend genügend Grünflächen gibt. Die SVP-Fraktion stellt hier aber die Frage: Muss es ein Park sein? Vielleicht gibt es im Bebauungsplan ganz andere Lösungen mit kleineren, aber mehr Grünflächen oder Parks, die auch ein schönes und für die Quartierbevölkerung akzeptables Resultat erzielen würden. Das Postulat geht schon in die falsche Richtung. Bevor der Bebauungsplan ausgearbeitet worden ist, muss es zwingend schon ein grosser Park sein. Nach der ganzen Diskussion und den Antworten des Stadtrates ist die SVP-Fraktion jetzt doch zur Erkenntnis gekommen, dass bis 2023 sehr viel Aktivismus auch für Zwischenlösungen gemacht werden soll. Es schaudert den Sprechenden, wenn man für Provisoriumslösungen sogar das Wort «Enteignungsverfahren» gebrauchen muss. Das ist eine Dimension, die der SVP-Fraktion schon etwas zu denken gibt. Wie erwähnt, wird sie das Postulat ablehnen. Die SVP-Fraktion will ganz klar den Auftrag für eine langfristig akzeptable Lösung für die Bevölkerung ab 2023 und länger. Die Kinder, klar. Aber ein Kind muss sich logischerweise einfach etwas weiter bewegen. Der Zimmereggwald ist nicht allzu weit weg, auch dort gibt es für Kinder Alternativen. Der Sprechende glaubt, dass Kinder schon Alternativen finden, wo sie sich aufhalten können, im benachbarten Wald oder in einem angrenzenden Quartier, irgendwo werden sie schon noch spielen können. Der Sprechende wiederholt noch einmal: Letztlich geht es um die Zeitphase 2021 bis 2022, nicht um die Zukunft.

Ratspräsident Albert Schwarzenbach stellt fest, dass die SVP-Fraktion zum Postulat 337 einen Ablehnungsantrag gestellt hat.

Das Dringliche Postulat 337 wird grossmehrheitlich überwiesen.

**7 Interpellation 294, Albert Schwarzenbach namens der CVP-Fraktion
vom 4. Juni 2019:
Missstände bei der Spreuerbrücke**

Andreas Felder beantragt Diskussion.

Der Grosse Stadtrat stimmt der Diskussion zu.

Andreas Felder gibt eher eine Erklärung ab, sie ist aber länger als drei Sätze, deshalb wünscht er Diskussion. Der Sprechende möchte kurz drei Punkte der stadträtlichen Antwort aufgreifen: Die Attraktivität des öffentlichen Raums auf der Ostseite allgemein; die Telefonkabine; den Taubenkot. Man muss nicht gross erklären, dass der Grenzbereich Mühlenplatz–Spreuerbrücke sowohl stadthistorisch wie auch städtebaulich ein sehr spezieller, sensibler Ort ist. Er wird auch rege von Einheimischen, Touristen und leider auch Tauben genutzt. Es kommt zu unerwünschten Beeinträchtigungen des Inventars, das liegt auf der Hand. Die Frage stellt sich: Wie geht man damit um? Der Sprechende entnimmt der Antwort des Stadtrates, dass auch dieser nicht alles als optimal ansieht. Ob man es nun «Missstände» nennt wie die CVP-Fraktion oder «Abstriche», die man machen muss, ist Sache der Wortwahl. Der Sprechende persönlich wünscht sich, dass der Stadtrat seine Bemühungen nochmals forciert und vielleicht zunächst den Fokus auf den Unterhalt der bereits bestehenden öffentlichen Räume legt, statt neue Projekte zu fördern, mit denen man weitere Aufwertungen betreibt. Nun zu einzelnen Punkten: An der Kapelle Maria auf der Reuss, die privat unterhalten wird, sieht man, dass noch mehr drinliegt. Auch der Vergleich Spreuerbrücke–Kapellbrücke zeigt dem Sprechenden, dass durchaus noch mehr herausgeholt werden kann. Im Zusammenhang mit dem Gebiet las der Sprechende, dass der Treppenabgang neu gestrichen werde. Er weiss nicht, wie lang das hält, ob die Farbe dann wieder weg ist, vielleicht müssten dort noch zusätzliche Massnahmen geprüft werden. Zur Telefonkabine: Es ist keine schöne Situation, wenn sie leer steht. Man ist auf dem Weg zu einer neuen Nutzung. Der Sprechende ist gespannt auf das Projekt der City Vereinigung, wenn es denn kommt. Man könnte sich seiner Meinung nach auch überlegen, etwas gemeinsam mit dem Historischen und dem Naturmuseum zu gestalten, da diese sich auf der anderen Seite der Brücke befinden. Zum Taubenkot: Dem Sprechenden ist selbstverständlich klar, dass man den Taubenbestand nicht so schnell regulieren können. Die Bemühungen vonseiten der Stadt sind zweifelsfrei vorhanden. Auch hier der Wunsch, die baulichen Massnahmen eventuell daraufhin zu prüfen, ob an gewissen Orten nicht doch ein Netz sinnvoll wäre. Auf der Brücke ist es an manchen Stellen wirklich unappetitlich. Der Sprechende kommt nochmals darauf zurück: Vielleicht einmal zusätzlich putzen.

Mirjam Landwehr: Die Stadt ist ein Lebensraum für Mensch und Tier, eine Stadt muss nicht herausgeputzt sein.

Ratspräsident Albert Schwarzenbach stellt fest, dass dies ein eher kurzes Votum war.

Regula Müller: Die SP/JUSO-Fraktion stimmt mit dem Stadtrat überein, dass es überlassen ist, am Mühlenplatz und bei der Spreuerbrücke von «Missständen» zu sprechen. Der Stadtrat zeigt in seinen Antworten gut auf, dass Brücke und Turbinenanlagen regelmässig geputzt werden. Es ist nun einmal so, dass Tauben nicht nur einmal in der Woche ihr Geschäft erledigen und man deshalb rund um die Uhr putzen müsste, wenn es gar keinen Dreck haben dürfte. Das Problem mit dem Taubendreck ist also sicher nicht der Putzplan der Stadt, sondern – wenn überhaupt – die Taubenpopulation. Seit dem 4. November hängen in der Stadt auch wieder Plakate, die darauf hinweisen, dass man Tauben nicht füttern soll, weil sie sich dadurch vermehren und auch mehr Dreck produzieren. Seit 2001 gibt es solche Kampagnen, und der Taubenbestand konnte bereits von 7'500 Tauben auf rund 2'500 Tauben reduziert werden. Die Sprechende denkt, dass solche Massnahmen mehr bringen, als wenn man den städtischen Putzplan anpasst.

Sandra Felder-Estermann ist heute vor Ort gewesen, weil sie dachte, man habe in der Zwischenzeit vielleicht etwas gemacht, vielleicht sei etwas sichtbar. Sie stimmt nicht überein mit «Es muss nicht alles herausgeputzt sein». Die Telefonkabine sieht wirklich erbärmlich aus. Ein bisschen mehr putzen wäre wirklich gut, oder aber eine sinnvolle Zwischennutzung mit einem Museum, wie Andreas Felder anregte, oder etwas anderes, bei dem die Bevölkerung miteinbezogen würde. Man könnte jemand mit ins Boot holen, der den Ort wirklich gern «bespielen» würde. Das wäre sinnvoll, auch für ein schönes Ortsbild dort. Die Stadt Luzern hat viele Touristen, auch die Einwohnerinnen und Einwohner halten sich dort auf. Es muss nicht alles herausgeputzt sein. Alle Tauben, alle Lebewesen gehören zu einer Stadt. Vor allem die Tauben kann man definitiv nicht erziehen. Aber die Telefonkabine könnte wirklich geputzt werden.

Adrian Achermann: Von «Missständen bei der Spreuerbrücke» kann in den Augen der SVP-Fraktion keine Rede sein. Zur Frage, was mit der nicht mehr verwendeten Infrastruktur, Stichwort «Telefonkabine», in Zukunft gemacht werden könnte: Man könnte sich z. B. die Telefonkabine als Leihbibliothek vorstellen, wo jeder Mann, jede Frau Bücher ausleihen oder für andere deponieren könnte, wie es dies heute schon beim Maihof oder im Wäsmeli-Träff gibt. Man kann sich aber auch vorstellen, dass man die Telefonkabine zur Ladestation für Smartphones umrüstet. In der heutigen Zeit sind Touristen oder Smartphonebenutzerinnen froh, wenn sie das Smartphone nach sehr viel Gebrauch bei der Spreuerbrücke wieder aufladen können. Der Strom könnte nachhaltig via Solarpanels von der Telefonkabine kommen. Was die Taubenpopulation angeht, so begrüsst die SVP-Fraktion alle humanen Massnahmen, wie beispielsweise Eier wegzunehmen oder Eier anzustechen, um den Taubenbestand in der Stadt Luzern zu regulieren. So kann man auch etwas gegen den Taubenkot machen.

Umwelt- und Mobilitätsdirektor Adrian Borgula spricht nicht ganz so kurz wie Mirjam Landwehr. Gerade hatte man die Debatte über die Aufwertung des Quartiers Fluhmühle. Es wurde gesagt, dass vielleicht mehr ins Bestehende investiert werden solle, statt frische Projekte zu machen. Die Stadt Luzern macht wirklich beides. Es macht schon einen Unterschied und ist nicht nur eine Wortwahl, wenn von «Missständen» geredet wird. «Missstände» muss man wirklich beheben. Der Stadtrat ist nicht der Ansicht, dass bei der Spreuerbrücke Missstände herrschen. Die Telefonkabine ist im Moment nicht schön, das wird man prüfen. Ob die Ladestation eine Top-Idee ist, weiss

der Sprechende nicht, er wird sie mitnehmen. Bücherschränke gibt es in verschiedenen Quartieren, vielleicht nicht gerade in der Innenstadt, es wurden aber mit der City Vereinigung schon Absprachen getroffen wegen des Projekts «Micro-Hubs»; dabei geht es um vorübergehende Geschenklager. Das ist aber noch nicht so weit. Der letzte Punkt: Bezüglich der Tauben hat Regula Müller schon gesagt, dass die Population vor allem über das Nicht-Füttern gesteuert werden muss. Alle eingreifenden Massnahmen wie Eierstechen und Eierwegnehmen sind zum Teil tierschützerisch problematisch und sehr, sehr aufwendig. Das Einfachste ist es, weniger zu füttern und weniger Abfall und Speisereste im öffentlichen Raum zu deponieren. Die Taubenpopulation wurde seit den «Spitzenzeiten» auf heute etwa 3'000 heruntergebracht. Man wird sie sicher nicht ganz wegbringen können. Der Sprechende ist überzeugt, dass man bei der Stadt Luzern einen hohen Anspruch an eine saubere Stadt hat, das ist auch eine Visitenkarte. Trotzdem unterstützt er das kurze Votum: Man kann nicht alles herausputzen. Der allerletzte Punkt: Das Montieren von Netzen. Das ist sehr heikel. Zum einen ist es nicht schön. Zum anderen ist sehr schwierig, die Netze so anzubringen, dass sich keine anderen Vögel verfangen. Es gab schon verschiedene Taubenabwehrinstallationen, z. B. an der Jesuitenkirche. Dort hat sich einmal der einzige Wanderfalke, der die Tauben in der Stadt recht erfolgreich bejagte, in den Netzen verheddert. Man kann also nicht einfach ein Netz hinhängen. Deshalb wird mit verschiedenen kleinen Massnahmen dafür gesorgt, dass es einigermaßen sauber ist, ganz sauber herausputzen kann man die Stadt Luzern aber nicht.

Die Interpellation 294 ist somit erledigt.

**8 Postulat 308, Claudio Soldati und Nora Peduzzi namens der
 SP/JUSO-Fraktion vom 22. Juli 2019:
 Nach Gewitter vom 6. Juli 2019: Neue Bäume braucht Luzern!**

Der Stadtrat nimmt das Postulat teilweise entgegen.

Claudio Soldati ist mit der teilweisen Entgegennahme einverstanden.

Aus dem Grossen Stadtrat hält niemand an der vollständigen Überweisung fest.

Claudio Soldati: Die SP/JUSO-Fraktion ist wie gesagt mit der teilweisen Entgegennahme einverstanden. Die Antwort ist sehr gut nachvollziehbar und zeugt von einer fortschrittlichen Baumpolitik in der Stadt Luzern. Die Stadtgärtnerei agiert aus Sicht der SP/JUSO-Fraktion sehr umsichtig, professionell und ökologisch bewusst. Die Fraktion begrüsst es sehr, dass der Bestand der Stadtbäume sukzessive erhöht werden soll. Es wird auf den AFP verwiesen, der Sprechende hat dort nachgelesen. Man sieht dort folgende Zahlen: 2020: 11'000 Bäume, 2021: 11'050 Bäume, 2022: 11'050 Bäume, 2023: 11'100 Bäume. Das sind gerade einmal 0,2 % mehr Bäume pro Jahr. Das ist wirklich alles andere als ein ambitioniertes Ziel. Man bedenke, dass dem Sturm vor ein paar Monaten 60 Bäume zum Opfer gefallen sind und durch kleinere Bäume ersetzt werden. Man nimmt diese effektiv anders wahr, auch hat es Auswirkungen auf das Klima in der Stadt Luzern. Die SP/JUSO-

Fraktion findet, dass der Stadtrat es effektiv sehr gut macht, es ist aber etwas mehr Initiative nötig, was die Quantität der Stadtbäume angeht. Was man auch nicht vergessen darf, sind die Bäume in Privatbesitz. Diese reichen hinsichtlich des ökologischen Werts und des Schattenwurfs über die Privatgrundstücke hinaus. Der SP/JUSO-Fraktion ist es ein grosses Anliegen, dass die Verwaltung bei den Ersatzpflanzungen im Zusammenhang mit Bauvorhaben genau kontrolliert, ob die Bäume schliesslich wirklich dastehen, und dass auch die Privaten in die Pflicht genommen werden. Dazu hätte die Fraktion gerne eine Stellungnahme vonseiten des Stadtrates.

Oliver Heeb: Die Bedeutung von Bäumen für Stadtökologie und Stadtklima ist bekannt und wird von niemandem bestritten. Wenn man über die emotionale Befindlichkeit etwas hinausgehen möchte, quasi über den Tellerrand hinausschaut und die forstwirtschaftliche Literatur studiert, kann man feststellen, dass in der Schweiz die Waldflächen seit vielen, vielen Jahren zunehmen. Dies als Erweiterung des Horizontes über das Gebiet der Stadt Luzern hinaus. Die gut begründete Antwort des Stadtrates zeigt, dass das Postulat offene Türen einrennt. Wer mit offenen Augen durch die Stadt geht, stellt fest, dass sich die Stadtgärtnerei mit grossem Engagement und sehr professionell um die Pflanzenwelt kümmert. Gerade im Bereich Lido, wo es in den letzten Jahren immer wieder zu Sturmschäden gekommen ist, kann man exemplarisch beobachten, wie schnell Bäume ersetzt und wie aufwendig und mit grossem Bedacht der vorhandene Baumbestand auch gepflegt wird. Mit der Forderung nach Quotenbäumen kann man keine ernstzunehmende Umweltpolitik betreiben. Das Ansinnen hat vielmehr den Anstrich einer planwirtschaftlich orientierten Buchhaltermentalität. Die Realität zeigt, dass die Stadt Luzern mit der höchst professionell ausgerichteten und nach ökologisch fundierten Kriterien operierenden Stadtgärtnerei bereits bestens aufgestellt ist. Das Postulat 308 bringt de facto nichts Neues. Darum **lehnt die SVP-Fraktion das Postulat ab.**

Marc Lustenberger: Auch die FDP-Fraktion hat das Postulat und den Vorschlag diskutiert, für jeden Baum, der am 6. Juni 2019 beim Unwetter umgestürzt oder beschädigt worden ist, zwei neue zu pflanzen. Ähnlich, wie es der Stadtrat in seiner Antwort formuliert, hat die FDP-Fraktion durchaus Verständnis für den Vorschlag, mehr Bäume dort zu pflanzen, wo das möglich und sinnvoll ist. Der Vorschlag aber, irgendeine Quote einzuführen, schiesst für die FDP-Fraktion klar über das Ziel hinaus. Der städtische Raum ist, wie formuliert wird, schon jetzt sehr eng genützt. Nicht überall bringen zusätzliche Bäume wirklich einen Mehrwert. Solche Pflanzaktionen sollten zudem nicht an ein einziges Ereignis gebunden sein, sondern sollten wie bisher nach Möglichkeiten und Bedarf umgesetzt werden. Die FDP-Fraktion hat vollstes Vertrauen, dass die Stadtgärtnerei schon jetzt das Möglichste für einen gesunden und vielfältigen Baumbestand tut. Darum sollen ihre Profis über die Fragen entscheiden und nicht unbedingt die Politik. Die FDP-Fraktion kann sich aber gut vorstellen, dass zusätzliche Bäume in der Stadt Luzern eine der konkreten Massnahmen des Klimaberichts sein könnten, der jetzt im Moment von der Stadt ausgearbeitet wird. Das muss aber mit anderen Massnahmen wie der Entsiegelung von Boden an geeigneten Standorten, die schon heute Morgen diskutiert wurde, gekoppelt sein. Zudem ist eine klare Strategie und ein Budget für solche zusätzlichen Baumpflanzungen nötig. Die FDP-Fraktion nimmt deshalb das Postulat teilweise entgegen.

Mirjam Landwehr: Bäume sind für das Klima extrem wichtig, sowohl für das globale wie für das lokale Klima. Am Rande zuhanden der SVP-Fraktion: Zum Letzteren tragen Bäume ausserhalb des Stadtgebietes nicht wirklich bei. Bäume sind aber auch wichtig für die Biodiversität und für das Wohlbefinden der Menschen. Bäume sind stärker als andere Elemente identitätstragend und lösen Emotionen aus. Tragisch ist es, wenn einem Sturm wie im Juni 2019 gerade 60 Bäume gleichzeitig zum Opfer fallen. Die G/JG-Fraktion findet es sehr wichtig, dass der Ersatz dieser Bäume ernst genommen und so bald wie möglich angegangen wird. Sie begrüsst zudem das Ziel des Stadtrates, der im AFP 2020–2023 eine Steigerung der Anzahl Stadtbäume vorsieht. Ebenso versteht man die Ausführung, weshalb auch als Ersatz für einen umgestürzten Baum nicht einfach zwei neue gepflanzt werden können. Mit zwei Bäumen, die nebeneinander zu wenig Raum für das Wurzelwerk oder die Krone haben, ist auch nichts gewonnen. Die G/JG-Fraktion möchte aber noch einmal betonen, dass sie es sehr wichtig findet, das Ziel der Zunahme von Stadtbäumen konsequent zu verfolgen, und, wo dies sinnvoll ist, auch mehr Bäume zu pflanzen. Wie Vorredner Claudio Soldati schon angesprochen hat, findet man es spannend, welche Massnahmen ergriffen werden, damit z. B. auch auf privatem Grund vermehrt Bäume angepflanzt werden. Die G/JG-Fraktion ist mit der teilweisen Entgegennahme einverstanden.

Judith Wyrsh: Den Ausführungen des Stadtrates ist eigentlich nicht viel hinzuzufügen. Die Forderung des Postulats ist überzogen, vor allem mit der zahlenmässigen Fixierung von Ersatz. Man benötigt eine gewisse Flexibilität, was den privaten wie öffentlichen Baumbestand angeht. Die direkte Aufrechnung vor Ort ist nicht sinnvoll und schränkt auch öffentliche Planungsvorhaben ein, wo Bäume auch einmal versetzt werden müssen oder auch ganz wegfallen und andernorts wieder eingesetzt werden. Ein Thema für die Stadt Luzern könnte aber die Grösse der Bäume sein, die tatsächlich wieder gepflanzt werden, zum Teil sind das ganz mickrige Stämmchen, die man in den Strassen sieht. Die GLP-Fraktion folgt dem Stadtrat und unterstützt die teilweise Entgegennahme.

Peter Gmür: Auch die CVP-Fraktion ist mit der Antwort des Stadtrates einverstanden. Es ist für sie nicht sinnvoll, nach einem Unglück eine Quote zu erstellen. Vor allem ist ja bekannt, dass dies weder rechtlich noch räumlich überhaupt möglich ist. Selbstverständlich ist auch die CVP-Fraktion der Meinung, dass die Stadt Luzern mehr Bäume braucht. Wenn man aber sieht, dass 60 Bäume bei einem Bestand von 11'000 kaputtgegangen sind, ist das nicht so wahnsinnig viel. Deshalb hat auch die CVP-Fraktion die Meinung, dass die Profis, die Stadtgärtnerei, dies übernehmen sollen. Sie ist mit der teilweisen Überweisung einverstanden.

Umwelt- und Mobilitätsdirektor Adrian Borgula bedankt sich dafür, wenn das Postulat im Sinne des Stadtrates teilweise überwiesen wird. Es ist dem Stadtrat ein wirklich grosses Anliegen, der Sprechende ist in diesem Punkt nicht mit Oliver Heeb einig: Das Postulat rennt zwar «offene Türen» ein, die Stadt Luzern will aber wirklich ein grösseres Gewicht auf den Baumschutz legen. Dies wird im Klimaanpassungsbericht ein Thema sein, es wird in der BZR-Revision ein Thema sein, es wird bei den Aufwertungen im städtischen Raum weiterhin ein Thema sein. Der Sprechende glaubt, dass dank der guten Baumpflege grössere Schäden vermieden werden konnten. Es gibt immer wieder Sturmschäden. Die Stadtbäume sind stark exponiert, sie sind zum Teil in einem Umfeld mit starken Belastungen, nicht in einem Wald. Es gibt Erschütterungen und einen Mangel an

Oberfläche. Die Stadt Luzern pflegt einen guten Kontakt mit Stadtgartenämtern und Stadtgartenbetrieben in anderen Städten. Im Vergleich hat die Stadt Luzern einen qualitativ guten Baumbestand, der auch den spezifischen Bedingungen recht gut angepasst ist. Der Sprechende bedankt sich für das Lob, das verschiedene Fraktionen ausgesprochen haben, und schliesst sich diesem Lob voll an. Die Stadtgärtnerei macht wirklich supergute Arbeit, gibt sich extrem Mühe, die Bäume zu pflegen. Es sind fünf Baumpfleger im Einsatz, die sich um die 11'000 Bäume kümmern. Jedes Jahr gibt es eine Fällliste. Rund 100 Bäume werden jedes Jahr gefällt, das ist der normale Umschlag von Stadtbäumen, die im Schnitt vielleicht 100 oder 120 Jahre alt werden. Die 100 Bäume sind adäquat. Im öffentlichen Raum kann man sie aus Sicherheitsgründen nicht stehen und entsprechend dem natürlichen Zerfall zusammenbrechen lassen. Es wurde auch nach Ersatzpflanzungen und deren Kontrolle gefragt. Die Ersatzpflanzungen werden in eine Datei aufgenommen. Sie wurden allerdings nicht rückwirkend in eine gemeinsame Datenbank aufgenommen. Bei der Bauabnahme wird aber kontrolliert, ob die Ersatzpflanzungen vorgenommen wurden. Es gibt auch einzelne Stichproben. Es wäre natürlich sehr aufwendig, jeden Baum zu kontrollieren. Die Stadt Luzern will aber wissen, dass es einen Ersatzbaum gibt für einen gefällten Baum über 80 cm Umfang, der unter die Schutzmassnahmen fiel. Man will dafür sorgen, dass es nicht möglich ist, den Ersatzbaum zu fällen, bevor dieser wieder bewilligungspflichtig wird. Eine lückenlose Kontrolle hat man nicht. Das wäre bei den rund 20'000 Bäumen in der Stadt Luzern sehr aufwendig. Man hat aber ein gutes Auge darauf und macht Stichproben.

Der Grosse Stadtrat überweist das Postulat 308 teilweise.

Verabschiedung von Stadtschreiber Urs Achermann

Ratspräsident Albert Schwarzenbach: Stadtschreiber Urs Achermann hat morgen seinen letzten Arbeitstag. Das Postulat 308 war also das letzte Geschäft, dass er miterlebt hat. Er wird neue Aufgaben übernehmen. Am 1. August 2017 hat Urs Achermann die Stelle als Nachfolger von Toni Göpfert angetreten, der viele, viele Jahre lang Stadtschreiber war. Er hatte nicht viel Zeit, sich einzuarbeiten, es warteten grosse Aufgaben auf ihn: Die Erarbeitung der neuen Führungsinstrumente der Stadt Luzern, die Gemeindestrategie und das Legislaturprogramm, die Mitarbeit beim AFP, die Einführung von GEVER in der Stadtverwaltung. Insbesondere hat Urs Achermann die elektronische Abwicklung der Ratssitzungen vorangetrieben. Er hat sich mit Engagement ans Werk gemacht und ein grosses Arbeitspensum absolviert. Der Sprechende kann sich gut vorstellen, wie es ist, wenn man von Sitzung zu Sitzung rennt mit dem Willen, allen Beteiligten und ihren unterschiedlichen Ansprüchen zu genügen. Das Stadtparlament hat Urs Achermann als sympathischen, umgänglichen und jederzeit hilfsbereiten Partner erlebt. Der Sprechende dankt Urs Achermann für alles, was dieser für die Stadt getan hat, und hofft, dass er an vieles zurückdenken wird, was er in seiner Amtszeit als Stadtschreiber der Stadt Luzern erlebt hat. Der Sprechende wünscht Urs Achermann schon jetzt viel Erfolg bei der Leitung der Geschäftsstelle der Reformierten Landeskirche des Kantons Luzern und für die Zukunft auch privat das Allerbeste. Hoffentlich wird er den

Grossen Stadtrat auch ein wenig vermissen. Der Sprechende überreicht Urs Achermann zum Abschied «etwas zum Trinken» und City-Gutscheine, die man in der Stadt Luzern an vielen Orten gut gebrauchen kann.

[Der Grosse Stadtrat schliesst sich der Würdigung mit einem langen und herzlichen Applaus an.]

Stadtschreiber Urs Achermann bedankt sich für die Abschiedsworte und den warmen Applaus. Am Schluss darf er sich nun doch einmal zu Wort melden. In den letzten zweieinhalb Jahren durfte er einmal auf eine Anfrage hin etwas in einer Ratssitzung sagen. Das ist auch in Ordnung so. Der Sprechende bedankt sich herzlich für die spannende, lehrreiche und interessante Zeit, die er erleben durfte, auch für die gute Zusammenarbeit mit dem Grossen Stadtrat. Er wünscht dem Parlament weiterhin eine gute Diskussionskultur und erinnert an die Worte von Einwohnerratspräsident Roger Erni zu Beginn der Sitzung: Es ist immer ein Geben und Nehmen. Der Sprechende schliesst in diesem Sinne den Kreis. Für eine gute Diskussionskultur und für gute Resultate für die Stadt Luzern ist immer ein Geben und Nehmen notwendig. Der Sprechende bedankt sich für die gute Zeit und wünscht den Anwesenden alles Gute für die Zukunft. [Applaus.]

Ratspräsident Albert Schwarzenbach schliesst die Sitzung. Die nächste Sitzung findet am 28. November 2019 statt und wird wieder eine kurze Vormittagssitzung sein. Die Einladungen wurden bereits zugestellt. Der Sprechende wünscht den Ratsmitgliedern bis dahin eine gute Zeit und bedankt sich.

Schluss der Sitzung: 11.35 Uhr

Luzern, 5. Dezember 2019

Die Protokollführerin:



Barbara Sabel Bucher

Eingesehen von:



Daniel Egli
Stadtschreiber-Stv.